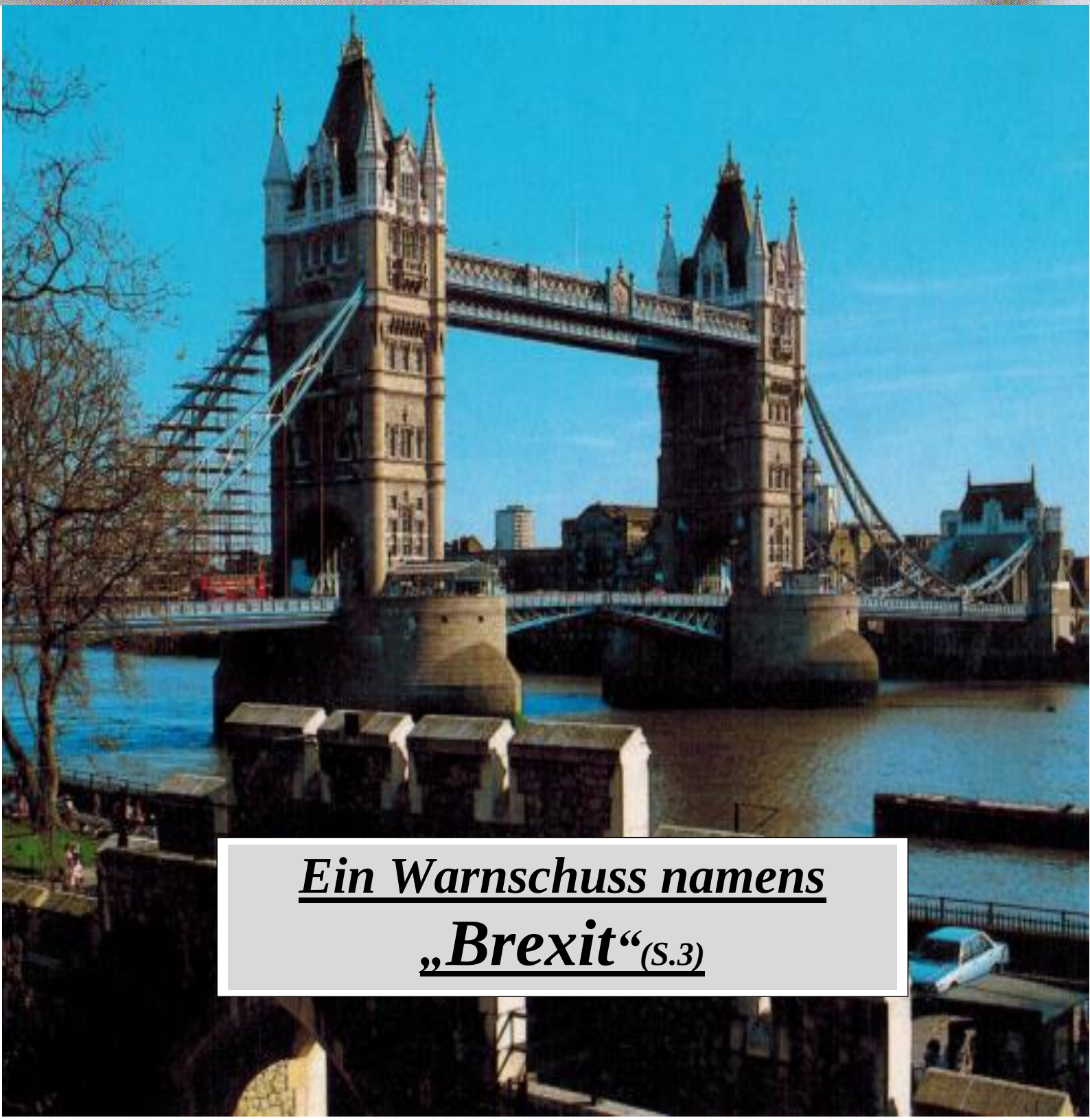
WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

August 2016



Ein Warnschuss namens „Brexit“ *(S.3)*

Inhalt:

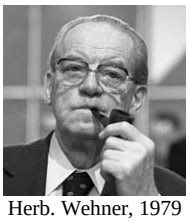
01. „Brexit“ und „Sudexit“ S.03
02. Völkermord und Sühnebedürfnis S. 04
03. „Würzburg“ in der Gesamtschau S. 05
04. Der 67. Sudetendeutsche Tag in Nürnberg S. 06
05. Der Vorsitzende hat das Wort S. 08
06. Ein interessanter Gedanke (Prof. Korkisch) S. 08
07. Zwangsarbeiterentschädigung endlich greifbar S. 09
08. Die Traumwelt des Herrn Posselt S. 10
09. Die Marienbader Gespräche 2016 S. 11
10. Standardfragen (Glosse, F.V.) S.11
11. Hotel in Komotau heißt „Sudety“ (Cl.Hörrmann) S. 12
12. Vergebene Liebesmühe auch im Jahre 1937 S. 14
13. Das Olympiafeuer im Sudetenland S. 15
14. Deutscher Fußballclub Prag wiedergegründet S. 15
15. Die Welt verstehen S. 16
16. Der Inhalt der Geschichtsbücher S. 17
17. TIPP – ein alter Hut? S. 18
18. Lasst Leserbriefe sprechen! S. 18
19. Die Bilderberg-Konferenz 2016 (E.Köcher) S. 19
20. Die Schlacht bei Königgrätz (F.V.) S. 20
… und weitere Beiträge passim

Impressum
DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V
V.i.S.P.: Felix Vogt Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 015221905772
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;
e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX); (alt: Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70); Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF; (alt: Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80)
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41, 91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1.2.1958, jetzt im 59. Jahr!

Herbert Wehner im Jahre 1965

In einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk äußerte sich Herbert Wehner (SPD) im Jahre 1965 wie folgt: *„Ich möchte davor warnen, eine Vorstellung zu entwickeln, die schließlich das **Recht** überhaupt wegdiskutiert. Der deutsche Rechtsstandpunkt ist es, der für die Versöhnung zwischen benachbarten Völkern nicht außer Acht gelassen werden darf, sonst wird Versöhnung zu einer Art Heuchelei. Ich bitte um Entschuldigung, aber die Versöhnung ohne Recht ist eine Art Unterwerfung und die kann keiner wollen, weil sie der weiteren Entwicklung nichts nützt“.*


Herb. Wehner, 1979

(Fakten, Fehler, Folgen, Diskussionsfibel zur Deutschlandpolitik, Nürtingen, 1971, S. 17).

Fundstücke:

1. In der Berliner Stiftung FVV (Flucht, Vertreibung…) wurde *„lange und hart“* darum gekämpft, dass das Schicksal der deutschen Vertriebenen Schwerpunkt der Ausstellung bleibt. Den Hauptwiderstand leisteten FDP und (eigenartigerweise) die Katholische Kirche (Dr. Fabritius, JF, 3.7.15, S. 3).
2. Nach dem Münchner Abkommen 1938 investierte das Deutsche Reich 800 Mio Reichsmark in die Sudetendeutsche Wirtschaft, um deren Produktivität auf Reichsniveau und die 300.000 Arbeitslosen in Arbeit zu bringen (Dr. Köllner, ms. Zeitzeugenbericht, Zeitungsarchiv Herderinstitut Marburg)
3. Peter Alexander war ein großer Wohltäter der Caritas. Er spendete anonym und beauftragte seine Stiftung, dies nach seinem Tode fortzusetzen. Mütterlicherseits stammte er aus Pilsen und verbrachte im Krieg mehrmals die Ferien auf dem Bauernhof seiner Verwandten im Dorf Auherzen, Kreis Mies (Kronenzeitung 23.6.2016).
4. In Ravensburg untersagte der Drogeriemarkt Müller (Zentrale Ulm) seinen Mitarbeitern das Tragen von Schmuck mit christlichen Symbolen (Kreuz), um muslimische Kunden nicht abzuschrecken (Netz, 15.7.16).

„Brexit“ und „Sudexit“

Die Europäische Union (EU) ist das größte supranationale Projekt der Neuzeit. Ihre Wurzeln liegen in der Epoche der Aufklärung. Kein Geringerer als Immanuel Kant hat die Figur des „Weltbürgers“ und die Idee einer „friedlichen Gemeinschaft aller Völker“ beschrieben.
Kant hatte aber Pech, denn seine Idee geriet in die Hände unphilosophischer „Realpolitiker“ Für sie war die europäische Gemeinschaft zunächst nur eine elegante Methode, Deutschland unter Kontrolle zu halten. Erstaunlicherweise begannen aber gerade diese Realpolitiker bald, grundlegende Realitäten zu ignorieren. Sie vergaßen, was den Normalbürger wirklich bewegt und wie Wirtschaft wirklich funktioniert. Kurzum, sie setzten sich leichtfertig über wichtigste anthropologische und wirtschaftliche Konstanten hinweg. Der Normalbürger ist eben keine seelenlose Nummer, sondern sucht vor allem Sicherheit in Familie, Beruf, Heimat, Sprache, Tradition und, was viele vielleicht wundert, er legt auch Wert auf Redlichkeit!

Im Vordergrund Europäische Zentralbank (EZB in Frankfurt am Main

Was mutet man ihm aber stattdessen zu? Er soll in einer entgrenzten Welt leben, die ihm aber nur in Parallelgesellschaften, prekären Beschäftigungsverhältnissen und Altersarmut begegnet! Die Finanzkrise führte ihm vor Augen, dass Gewinnerzielung und Haftung entkoppelt wurden mit der Folge der Bankenrettung und Vergemeinschaftung von Schulden in der EU.
Als daher die Briten am 23.Juni 2016 abstimmen durften, votierten sie für den EU-Austritt. Es war ein Urnengang ohne Fraktionszwang, ohne Rücksicht auf Karriere oder Pensionsansprüche. Das Establishment war aufgeschreckt. Aber die beste Wahlhilfe kam aus den eigenen Reihen, denn Frau Merkel hat mit ihrer Einwanderungspolitik die wahlentscheidende Zahl von Briten in das Brexit-Lager getrieben. Als Konsequenz hätte nicht Herr Cameron, sondern sie zurücktreten müssen.

Virtueller „Sudexit“?

Bei den Briten brachten schon die „normalen“ Mängel das Fass zum Überlaufen. Was aber hätten sie erst getan, wenn ihnen so übel mitgespielt worden wäre wie den deutschen Vertriebenen? Obwohl diese sich schon in ihrer Charta von 1950 für ein friedlich geeintes Europa eingesetzt hatten, mussten sie 2004 feststellen, dass das ihnen 1945/46 zugefügte Unrecht unter dem Dach der EU „realpolitisch“ fortbestehen soll. Bei der Aufnahme der Vertreiberstaaten in die EU wurden ihre Warnungen vor deren menschenrechtswidrigen Vertreibungsdekreten gnadenlos vom Tisch gefegt. Das war zutiefst demütigend und zeigte plötzlich die ganze hässliche Fratze der EU. Frech hat man den Vertriebenen sogar vorgegaukelt, dass unter dem gemeinsamen Dach der EU mit den Vertreibern leichter zu verhandeln sei, doch es gibt bis heute nicht einmal den Versuch dazu!

Für die Vertriebenen hatte sich die EU damit moralisch erledigt. Viele verabschiedeten sich innerlich von ihr und haben somit wenigstens einen virtuellen „Sudexit“ vollzogen.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft musste sich dieser Entwicklung zähneknirschend beugen. Sie war aber nicht demoralisiert, weil das Recht unverkennbar auf ihrer Seite stand. Daher blieb sie auch ein unbequemer Mahner mit der Hauptforderung nach Abschaffung der Beneschdekrete und des Straffreiheitsgesetzes. Von diesem Ziel versuchte man in der SL erst abzuweichen, seit ein „glühender“ Berufseuropäer an die Spitze trat. Für ihn ist Globalisierung fast schon ein Selbstzweck, dem er alles zu opfern bereit ist. Wer seiner Ideologie widerspricht, wird beschimpft und ausgegrenzt.

Eine neue Chance?

Vielfach sieht man im „Brexit“ auch die Chance einer Neubesinnung. Die Vertriebenen glauben aber nicht mehr an den großen Wurf. Europa wurde selbst nach der Apokalypse des 20.Jahrhunderts wieder die Beute sog. „Realpolitiker“, deren einziges Credo nationales Kleinkrämertum ist. Europa ist aber nichts für Rosinenpicker! Europa darf es nur ganz oder gar nicht geben. Man kann nicht von Herrn Putin die Einhaltung der Menschenrechte fordern und in den eigenen Reihen Menschenrechts-verletzungen ungeahndet lassen. Es fällt schwer, auf Europa stolz zu sein. *(F.V.)*

Stellungnahme des Witikobundes zum „Brexit“

Der Witikobund hat auf das Abstimmungsergebnis in Großbritannien unverzüglich mit nachstehendem Text reagiert und ihn im Internet verbreitet:

Das Urteil des Witikobundes zum „Brexit“.
Die sog. Leitmedien scheuen sich, die Ursachen für den Austritt Englands aus der EU klar zu benennen. Der Witikobund möchte das hiermit nachholen:
Flüchtlingswelle 2015
Die Verantwortung für den Austritt Englands trägt ganz wesentlich die deutsche Kanzlerin. Ihre Flüchtlingspolitik mit der gesetzeswidrigen Grenzöffnung für Millionen Ausländer hat die entscheidende Zahl von Briten in das Lager der EU-Gegner getrieben. Sie fürchteten ein Überschwappen der Flüchtlingswelle auf ihre Insel spätestens dann, wenn die Neuankömmlinge die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben und sich dann frei in der EU bewegen können.
Wertegemeinschaft
Der zweite Grund für den Brexit liegt in einem gravierenden Mangel an Aufrichtigkeit. Obwohl sich die EU anmaßend eine Wertegemeinschaft nennt, duldete sie gefälschte Wirtschaftsdaten bei der Aufnahme neuer Mitglieder, verstieß gegen gültige Verträge und billigte die Aufnahme von Vertreiberstaaten, obwohl bei diesen noch Gesetze gelten, die gegen die Grundrechtecharta der EU selbst verstoßen.
Neubeginn
Der vielfach beschworene Neubeginn kann nur gelingen, wenn oben erwähnte Fehlentwicklungen gestoppt werden.

Völkermord und Sühnebedürfnis

Am 2. Juni 2016 verurteilte der Deutsche Bundestag den vor 100 Jahren begangenen Völkermord an den Armeniern. Auch Bundespräsident Gauck gedachte dieses Ereignisses in einer Rede im Berliner Dom. Der Vorstand des SL-Bezirks Oberbayern vermisste in dieser Rede aber die Erwähnung des Völkermords an den Sudetendeutschen. Er protestierte schriftlich und rief zu einer Unterschriften-aktion auf.
Zum Thema äußerte sich auch der SL-Geschäftsführer **Lippert**. Im Zuge des neuen Kuschelkurses bestritt er die Einstufung der Vertreibung als Völkermord. Im Internet und real erntete er dafür eine Flut von Protestschreiben. **Claus Hörrmann**, seines Zeichens Stellvertretender SL-Vorsitzender, wies auf den Widerspruch zum Motto des Sudetendeutschen Tages 2006 hin. Damals hieß es „Vertreibung ist Völkermord“. Hörrmann schließt (sicherlich zu Recht!) daraus, dass Lippert seine Meinung nicht ohne Abstimmung mit dem Vorsitzenden Posselt kundgetan hat. So rundet sich das Bild.
Die Pathologie der Deutschen
Für die Sudetendeutschen gibt es (bei allem Respekt für die armenischen Opfer) leider noch eine zweite Sichtweise auf den Armenienbeschluss. Wieder einmal ging es weniger um Recht oder Wahrheit, als um die Pathologie der Deutschen. Bekanntlich gehörte das Deutsche Reich zur Zeit des Armenien-Massakers zu den Verbündeten der Türkei. Das ermöglicht es, den Deutschen eine Teilschuld zuzuweisen. Dies wiederum kam dem **Sühnebedürfnis** gewisser Deutscher entgegen, die das Armenien-Thema dann auf die Tagesordnung setzten. Auf eine vergleichbare Anschubhilfe können die Sudetendeutschen nicht hoffen. Sie müssen im Gegenteil mit einem aus den Jahren 1933 bis 1939 stammenden Handicap kämpfen. Damals hielten sich viele deutsche Sozialdemokraten im tschechischen Exil auf. Für sie wurde es 1938 sehr gefährlich, als die Sudetendeutschen in ihrer Verzweiflung nur noch eine „Lösung vom Reich her“ sahen. Damals entstanden in vielen Köpfen erstmals die Vorbehalte gegen die späteren Vertriebenen aus dem Sudetenland. *(F.V.)*

Was ist die größte Erfindung der Deutschen?
Das schlechte Gewissen! (Vinz Ebert)

„Würzburg“ in der Gesamtschau

Im Juli bestieg bei Würzburg ein junger Afghane einen Regionalzug und schlug mit einer Axt brutal auf vier Mitreisende ein. Da es Fehlentwicklungen auch auf fast allen anderen Politikfeldern gibt, sollte man sich nicht gähnend zurücklehnen, sondern eine Gesamtschau versuchen.

Die Aufgabe einer Regierung

Die Aufgabe einer Regierung ist die Sicherstellung eines harmonischen Zusammenlebens im Staat. Die Bedingungen dafür sind trivial: Die Kluft zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen darf nicht zu groß ausfallen. Es muss eine Balance auf wirtschaftlichem, bildungsmäßigem und kulturellem Gebiet gefunden werden. Im Sprichwort heißt das: *„Gleich und gleich gesellt sich gern“.* Im Nachkriegsdeutschland gelang der Ausgleich durch die soziale Marktwirtschaft, die Öffnung des Bildungswesens und durch die Überwindung der konfessionellen Schranken.

Das Ende der Homogenität

Doch diese Homogenität endete mit der Anwerbung von Gastarbeitern und infolge einer unglücklichen Asylgesetzgebung. Die Sache lief aus dem Ruder, weil die Folgekosten vergemeinschaftet werden konnten. Mit anderen Worten: Man hat Freiheit und Verantwortung, oder krasser, Gewinnerzielung und Haftung entkoppelt. Dieser Mechanismus verführt auch zu einer exzessiven Willkommenskultur. Man demonstriert edle Gesinnung, ohne dafür haften zu müssen. Auf der Strecke bleiben auch grundlegende Verhältnisse, wie die Eigentumsfrage. Einst gehörte das Land den Fürsten, die es nach Belieben vererben oder verkaufen konnten. Mit der Demokratisierung gingen die Eigentumsrechte auf den *populus* über. Dieser Besitztitel wird heute unter Berufung auf höhere Werte beiseitegeschoben. Man kann aber, wie es im Sprichwort heißt, die Welt auch mit edlen Ideen verwüsten!

Die Kette der Fehlleistungen

Wie angedeutet und wie folgende Tabelle zeigt, häufen sich politische Fehlleistungen seit Jahren:

1. Bildungspolitik, Fazit: „Leichtsprech“ & Analphabeten-Plus (Spiegel, 16.7.2016, S.128 f.)
2. EU-Politik, Fazit: eine beneschkontaminierte EU
3. Geldpolitik, Fazit: flächendeckende, schwelende Finanzkrise
4. Wirtschaftspolitik, Fazit: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, ungleiche Vermögensverteilung
5. Energiepolitik, Fazit: unbezahlbarer Strom, „verspargelte“ Landschaft, zerstörte Ackerböden durch Monokulturen (Raps, Mais), abgeholzte Regenwälder, Artensterben usw.
6. Flüchtlingspolitik, Fazit: unkontrollierbare Spannungen im Gemeinschaftsleben.

Die meisten Missstände beruhen auf der Missachtung von Fakten, Logik und Naturgesetzen. Man bedenke: Der jährliche Geburtenüberschuss Afrikas beträgt 30 Millionen. Wer da eine Flüchtlingspolitik ohne Obergrenze betreibt, importiert die „Dritte Welt“ und sollte sich in der Heilsarmee, aber nicht in der Politik betätigen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt auch vor dem „hohen Preis“, den die Herkunftsländer zahlen. Ihnen fehlen die arbeitsfähigen Auswanderer beim Versuch einer ökonomische Gesundung (FAZ, 22.07.2016, S. 17).

Ist Hieronym. Bosch (†1516) auch 2016 aktuell?

Die Bilanz wäre auch ohne das Würzburger Ereignis desaströs. Fünfhundert Jahre nach dem Tode Hieronymus Boschs (†9.8.1516!) fühlt man sich an einige seiner absurden Bilder erinnert.

Einziger Lichtblick

Es gibt einen einzigen kleinen Lichtblick: Umweltministerin Barbara Hendriks (SPD) hat endlich erkannt, dass *„Ökostrom aus Maispflanzen ein ökologischer Irrtum“* war, da Maismonokulturen zu *„Erosion, Überdüngung, Hochwasser und Verlust der Artenvielfalt“* führten. Leider ist aber nur eine Teilkorrektur in Planung (Spiegel, 09.07.2016, S. 22).

Wann werden die anderen Irrtümer der letzten 50 Jahre eingestanden und korrigiert? Wann kehrt wieder Vernunft ein? Wann endet die Traumtänzerei „unserer Eliten“?

P.S.: Der Staat hatte für den jungen Afghanen bis zu seinem Tod 50.000 € aufgebracht: 47.850 € für elf Monate im Kolpinghaus zum Tagessatz von 145 € und 3.200 € für Pflegefamilie und Sonstiges (Münchner Merkur, 28.7.16).

Doch alles, was mich dazu trieb, Gott! war so gut, ach, war so lieb.
Gretchen bei Goethe, Faust I

Der 67. Sudetendeutsche Tag in Nürnberg

Der 67. Sudetendeutschen Tag (ST) in Nürnberg nahm äußerlich seinen gewohnten Verlauf. Ehrungen, Volkstumsabend, religiöse Feiern, Fahneneinzug und Festreden liefen ab wie immer. Zur Routine gehört inzwischen leider auch schon der Ausschluss des Witikobundes von jeder Beteiligung am Geschehen. Es gab dafür aber „Ersatz". Die neuen Freunde kommen jetzt aus Prag. Anwesend war erstmals ein leibhaftiger Minister der tschechischen Regierung. Er ist dort Kulturminister und heißt Daniel Herman. Auch die Sozialministerin Michaela Marksova erschien zu den Feierlichkeiten am Samstag in Nürnberg.

Die Kollekte des Hochamtes beim ST in Nürnberg betrug 4.011 €. Diese wurden von der Ackermanngemeinde auf 5.000 € aufgerundet und dem Bistum Pilsen gestiftet (SdZ.24.6.2016)

Neu war freilich auch, dass keiner der Redner mehr die Abschaffung der Beneschdekrete oder des Straffreiheitsgesetzes forderte, was seit Bestehen des ST immer fester Bestandteil der Festreden war. Die offenen Fragen glaubte SL-Sprecher Posselt mit lockerer Demagogie überspringen zu können, als er sagte: Forderungen müsse man „zuerst an sich selbst" richten und nicht, indem man durch die Gegend „blökt".

Hier hat der Sprecher aber eindeutig die Übersicht verloren! Was fordert er eigentlich noch von dem tausendfach **geschundenen Sudetenvolk**? Genügt es nicht, dass es 1919 in einen fremdnationalen Staat gezwängt und danach seiner Heimat, seines Besitzes und vielfach des Lebens beraubt wurde? Genügt es nicht, 1946 selbst bei Null anfangend sich mit Spenden dem Verfall der Heimat entgegengesetzt zu haben?

Ruhe vor dem Sturm: Schön gestalteter Stand der Sudetendeutschen. Bauern

Über diesen Affront konnte der Redner am Schluss seiner Ausführungen auch nicht mit dem Appell an die EU-Grundrechtecharta hinwegtäuschen. Das sind Beschwichtigungsfloskeln, die auch die geplante Satzungsänderung enthält. Damit lässt sich vielleicht der naive Teil des Publikums einfangen. Wer aber informiert ist, denkt an den Auftritt des Posselt-Stellvertreters Steffen Hörtler in Prag. Dort betonte dieser in Anwesenheit des deutschen Botschafters nachdrücklich: *„Die SL unterstützt keine Eigentumsansprüche".* Das ist die Wirklichkeit und darüber kann man nicht mit rhetorischem Hokus-Pokus hinwegtäuschen.

Das Rahmenprogramm

Das Rahmenprogramm zum ST folgte der aufgezeigten Grundtendenz. Unser Vizepräsident **Hans Slezak** unterzog sich der Mühe, die meisten Veranstaltungen zu besuchen. Seinem kritischen Bericht können wir jetzt folgen:

Vorne li.: Ehepaar Slezak für den Bezirk Oberbayern, dahinter der Stand der Sudetenpost mit Witikonen.

Freitag, 15.00 Uhr, Geburtstagsfeier für Kaiser Karls IV auf der Burg: Leider spielte in der Rede des „Heimatministers" Markus Söder die verlorene Heimat der Sudetendeutschen keine große Rolle. Söder hätte anregen können, deren deutschen Charakter nicht planmäßig zu verwischen.

Samstag, 10.30 Uhr, Eröffnungsfeier: SL-Vizepräsident Steffen Hörtler feiert Bernd Posselt. Es ist derselbe Hörtler, der den jetzt so Gelobten vor wenigen Jahren noch heftig kritisiert hatte. Anpassungsfähig scheint auch Hartmut Koschyk (MdB) zu sein, denn anders als einst bei der Verzichtserklärung Gerhard Schröders fand er jetzt nur anerkennende Worte für den gleichen Kurs Bernd Posselts.

Letzterer hielt die Laudatio für den Karlspreisträger S.D. Fürst Hans-Adam II zu Liechtenstein. Die Rede befasste sich viel mit historischen Hintergründen, weniger mit der aktuellen Gegenwart. Der Geehrte hingegen erteilte eine Lehrstunde in Demokratie, als er darauf hinwies, dass in seinem Fürstentum ganze Orte ausscheiden könnten, wenn sie es mehrheitlich so wollten. Natürlich entbehrte die Ehrung nicht einer gewissen Pikanterie, denn sie wurde vorgenommen von einem Verzichtler

für einen, der nicht gewillt ist, seine Eigentumsrechte in Mähren jemals aufzugeben.
Sonntag, 09.30 Uhr, Festgottesdienste und Hauptkundgebung: Die Kollekte beim Katholischen Gottesdienst war für das Bistum Pilsen bestimmt. Bischof Radkovsky hat sich wohl für die Hilfen bei der Kirchenrenovierung bedankt. Kein Thema war aber, dass der Tschechischen Kirche gerade erhebliche Werte zurückerstattet werden und dass zu dieser Kirche einst auch deutsche Gläubige gehörten. Könnte man da nicht auch karitative Einrichtungen für Sudetendeutsche öffnen?
Die Rede Posselts auf der Hauptkundgebung war wieder rückwärtsgewandt und verschwieg die gerichtlichen Rückschläge in der Satzungsfrage. Die Rede Seehofers widmete sich zum allergrößten Teil der aktuellen Flüchtlingsfrage. Der „Jugendsprecher“ Polierer wirkte etwas angejahrt und hatte, wie immer, vor allem eine Alibifunktion. Der „Überraschungsgast“, Kulturminister Daniel Herman, sprach von den Verfehlungen der jeweiligen Großvätergeneration. Der deutschen Seite fällt es aber schwer, Verfehlungen zu erkennen. Unsere Volksgruppe wurde gegen ihren Willen in einen fremden Staat gezwungen, hat bis 1935 mehrheitlich aktivistische Parteien gewählt und verfolgte erst am Schluss in Notwehr legitime Autonomiewünsche.

Die Witikonen in Nürnberg

Wie erwähnt, hatte der Witikobund in Nürnberg keinen Stand. Die Aussperrung konnte aber ganz gut ausgeglichen werden. Seine Mitglieder scharten sich um die Stände des Bezirks Oberbayern, der Sudetendeutschen Lehrer und der Sudetenpost. Bei letzterer betreuten Mitglieder des Linzer Presse-vereins den Stand, die gleichzeitig auch dem Witikobund angehörten. Damit waren Gespräche über diesen nicht zu vermeiden, ja es kam sogar zur Entgegennahme von Aufnahmeanträgen zum Witikobund.

Kein Signal für die Zukunft

Die Sudetendeutschen Tage mit einigen hunderttausend Besuchern sind Geschichte. Diesmal lag der Besuch vielleicht bei 3.000. Schlimmer war aber der Eindruck einer gewissen Würdelosigkeit, der über der Veranstaltung lag. Oft hatte man den Eindruck, dass nicht die Tschechen die Sudeten-deutschen enteignet, vertrieben und teilweise ermordet hätten, sondern umgekehrt! Hoch bedenklich ist auch, dass dieser ST von einer Fata Morgana ausging. Man tat so als wäre die Satzungsänderung schon rechtskräftig. Das ist aber noch nicht der Fall, und vieles spricht dafür, dass es niemals dazu kommen wird. Was folgt, wenn der Bluff auffliegt? Wir blicken mit Sorge in die Zukunft!

Was nützt uns die Abschaffung der Beneschdekrete,
wenn sich ihr Inhalt in der SL-Satzung wiederfindet?

Voraussichtliches Programm: Samstag, 08.10.2016, 9.00 Uhr: Jahreshauptver-sammlung; ab 14.30 Uhr: Vorträge; Sonntag, 09.10. 2016: 9.00 Uhr: Vorträge; 11.30 h Zusammenfassung & Abschied

Das Jahrestreffen 2016 mit Jahreshauptversammlung und Neuwahlen

findet statt in Oberteisbach (nahe Dingolfing).
am: 08. / 09. Oktober 2016.
Anmeldungen sind **möglichst umgehend** an das Tagungshotel selbst zu richten, Spätbucher erhalten evtl kein Einzelzimmer!
Anschrift:

Landgasthof Räucherhansl (sh. Bild!)
Oberteisbach 2, 84180 Loiching
Tel. 08731-3200, e.Post: info@raeucherhansl.de

Die offizielle Einladung findet man in der Beilage Witiko-Intern.

Der Vorsitzende hat das Wort

Felix Vogt Gruber

Liebe Kameradinnen und Kameraden!
In unseren postdemokratischen Zeiten weiß jeder Politiker, dass er oft gar nicht auf die Zustimmung der Betroffenen angewiesen ist, sondern nur deren Resignation abwarten muss. Diesem Zynismus hat sich der Witikobund bei der Satzungsänderung bisher erfolgreich widersetzt. Gegenwärtig liegt ein neuer Antrag der SL beim Registergericht zur Genehmigung, und wir können nur auf die Standfestigkeit der Rechtspflegerin hoffen, die den gleichen Text am 19.5.2015 schon einmal zurückgewiesen hat. Mit Spannung sehen wir auch der Aushändigung der SL-Mitgliederliste entgegen. Wir rechnen täglich damit und sind vorbereitet, tausende von Briefen zu versenden. Das können wir aber nur bei entsprechendem Spendeneingang! Daher heute meine erneute Bitte an Ihre/Eure Opferbereitschaft. Bitte helft uns, den nächsten, hoffentlich entscheidenden Schritt um die Bewahrung unserer Vereinsziele zu tun!
Im Oktober findet wieder unser Jahrestreffen statt. Die Einladung befindet sich auf der Vorseite und in Witiko-Intern. Diese Veranstaltung ist die zweite Möglichkeit in diesem Jahr (nach dem ST) zum persönlichen Kontakt, den besonders die Neumitglieder suchen sollten! Wir haben ein interessantes Programm zu bieten, aber über allem sollte im Olympiajahr das Motto stehen:
Dabeisein ist alles!
In diesem Sinne grüßt Euch herzlich Euer
Felix Vogt Gruber
Bundesvorsitzender

Spendenaufruf!

Liebe Landsleute!
Leider reichen unsere Kassenbestände nicht mehr für die nächste große Aufgabe. Diese heißt: Versand von Infobriefen an die etwa 18.000 SL-Mitglieder zwecks Information über die Absichten des SL-Vorstandes. Bitte, liebe Mitglieder und Freunde, zeigen Sie sich weiter großzügig bei der Unterstützung der für unsere Volksgruppe so entscheidenden Sache!
Witikobund e.V., IBAN: DE 3170 0202 7068 8015 7106 (Hypovereinsbank München); BIC: HYVEDEMMXXX

Betr.: „Bündnis zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“

Ein interessanter Gedanke

Prof. Korkisch macht sich Gedanken, ob der Name der vor Jahresfrist gegründeten Vereinigung „Bündnis zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ zukunftsweisend sei und macht einen interessanten Vorschlag:

DIE PARALLELE ZUR VERTRETUNG DER SUDETENDEUTSCHEN INTERESSEN

Zur Jahrestagung des Witikobundes 2015 in Oberteisbach konnte ich einen Text von Prof .Dr. Kucera (Univ. Prag und Aussig, sh. Erzieherbrief 1/2000), vorlegen. Der Inhalt betrifft die von Anbeginn tschechisches Recht beugenden Benes-Dekrete. Dr. Kucera gehörte wie unser Landsmann Dr. Kohlenberger dem Kreis um den bedeutenden deutschfreundlichen Ethnologen Prof. Dr. Jan Patocka (Sprecher der Charta 77) an und hielt den Kontakt bis heute.
In diesem Kreis herrschte Übereinstimmung in der Beurteilung der altösterreichischen Bewegung des in Südtirol gegründeten Deutschen Schulvereins, der die Kulturerhaltung angesichts des italienischen und tschechischen Nationalismus des XIX. und XX. Jahrhunderts zum Ziel hatte und vor allem im Sudetenraum wirksam wurde (Schulwesen, Wanderlehrer, Ferialfeste der korporierten Studenten an den Sprachgrenzen etc .).

Nach 1945 formierte sich der Deutsche Schulverein neu als österreichische Landsmannschaft und entfaltet ein reiches Schrifttum (über 220 Bände "Eckartschriften“ sowie die zeitkritischen Monatshefte "Der Eckart"). Hier sammeln sich die Deutschen der früheren monarchischen Länder und die Sudeten- und Alpendeutschen Österreichs.
Aus der historischen Betrachtung erfährt die heute prekär gewordene Situation und Interessenlage der Sudetendeutschen eine aktuelle Wende, die jetzt zur landsmannschaftsbegleitenden Vereinsgründung führte. Die zur Werbung junger Kräfte im erwachenden deutschen Bewusstsein dieser Tage (Pegida. AfD, Identitäre etc.) geeignete Bezeichnung der Neugründung sollte den gesamtdeutschen Zusammenhang wie zur Zeit des Beginns im Deutschen Schulverein hervorheben:

"SUDETENDEUTSCHE ALLIANZ ZUR WAHRUNG DEUTSCHER INTERESSEN"

Der nötig gewordene Initiativkreis wird mit diesem Namen erkennbar und kann deutschlandweit Werbewirkung entfalten. EEK

Zwangsarbeiterentschädigung ist endlich in greifbarer Nähe

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat kürzlich die „Richtlinie über eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter“ verabschiedet. Sie tritt am 1. August 2016 in Kraft. Vorgesehen ist ein Betrag von 2.500 Euro. Dieser ist auf Ehegatten und Kinder vererbbar, wenn der/die Berechtigte nach dem Beschluss des Haushaltsgesetzes am 27. November 2015 verstorben ist. Außerdem darf die Zahlung nicht auf Sozialleistungen angerechnet werden, da der Zweck dieser einmaligen Sonderleistung ein anderer ist als der mit einer Grundsicherung verfolgte Zweck.
Für die Antragsbearbeitung und die Auszahlung ist das Bundesverwaltungsamt Köln zuständig. Von dort werden auch die Antragsformulare zur Verfügung gestellt. Deutsche im Ausland können sich an die deutschen Auslandsvertretungen wenden. Falls gewünscht, kann das Formular auch beim Witikobund angefordert werden: witikobund-bundesverband@freenet.de oder Tel. 06081-2611!

Beschämend später Zeitpunkt

So erfreulich die Bewilligung eines Anerkennungsbetrages ist, so ist der späte Zeitpunkt doch sehr beschämend. Nach dem Kriege schätzte man die Zahl der deutschen Zwangsarbeiter in Ost und West, einschließlich der Kriegsgefangenen, auf vier Millionen. Gemessen an der bewilligten Summe von 50 Mio Euro rechnet man heute noch mit 20.000 Überlebenden. Das heißt, 99,5 % sind schon verstorben und die restlichen 0,5 % stehen im hohen Greisenalter, denn selbst die jüngsten Zwangsarbeiter, die damals Fünfzehnjährigen, sind heute mindestens 86 Jahre alt.
Dieses Spiel auf Zeit kann keiner verstehen und trägt unweigerlich zur Staatsverdrossenheit bei. Den Betroffenen blieb ja nicht verborgen, dass die rot-grüne Koalition um die Jahrhundertwende Ausländern Entschädigungen gewährte, die Gesuche Deutscher aber ablehnte. Das begann 2002 mit Außenminister Joschka Fischer und setzte sich 2008 bei Frau Merkel fort, die mitteilen ließ, dass die Ansprüche seit 1978 verjährt seien! Zum Schluss (2011) ersann Bundesinnenminister Friedrich einen weiteren Ablehnungsgrund: Zwangsarbeit sei ein „Massenschicksal“, das nicht entschädigt werden könne.
Wer etwa den Leidensweg der St. Joachimsthaler Uran-Häftlinge kennt, dürfte froh sein, dass ihnen ein gnädiger, weil im Allgemeinen früher Tod diesen seelenlosen Bürokratismus erspart hat.
Bleibt alleine zu hoffen, dass die Arbeitsleistung der vier Millionen Zwangsarbeiter bei einem evtl. Friedensvertrag gegengerechnet wird. Der Witikobund hat übrigens um die Jahrhundertwende einen Erfassungsbogen zur Zwangsarbeit entworfen und verteilt.

Die Traumwelt des Herrn Posselt

Der Witikobrief hatte schon in den beiden ersten Folgen dieses Jahres das Vergnügen, von zwei günstigen Gerichtsurteilen zu berichten. Das erste erging am 29.1.2016 beim OLG München I und erklärte die von den SL-Oberen angestrebte Satzungsänderung für „nichtig“. Beim zweiten wurde die SL am 24.3.2016 dazu verurteilt, dem Kläger die SL-Mitgliederliste auszuhändigen.

„Verlorene“ Heimat?

Inzwischen gingen die Scharmützel aber weiter.
Da sich die Beklagte in der Listenfrage nicht bewegte, beantragte der Kläger Zwangsvollstreckung. Gegen diese beantragte die Beklagte beim Bundesgerichtshof (BGH) Aussetzung der Maßnahme. Der BGH lehnte diesen Antrag jedoch schon nach rekordverdächtigen zwölf Tagen am 24.Mai 2016 ab. Daraufhin lenkte die Bundes-SL endlich ein und wies die Kreisverbände an, die Mitgliederlisten bis zum 15. Juli 2016 in München vorzulegen.
Von all diesen Vorgängen erfuhr der gutgläubige Besucher des 67. Sudetendeutschen Tages (ST) in Nürnberg nichts. Herr Posselt wollte einen historischen Augenblick zelebrieren und nicht „mit Forderungen herumblöken“. Sein Gast, der tschechische Kulturminister Hermann, spielte die Komödie mit, und alle Offiziellen taten so, als wäre die Satzungsänderung schon unter Dach und Fach. Dabei hatte die SL die angestrebte Satzungsänderung noch gar nicht beim Registergericht angemeldet. Das tat sie erst am 17.5.2016, also einen Tag nach dem ST. Dort warteten aber schon einige Einwände, mit denen sich nun eine bedauernswerte Rechtspflegerin herumschlagen muss. Zunächst protestierten einige „unmittelbare“ SL-Mitglieder gegen die Zusammensetzung der BV, denn sie waren von der Wahl der Delegierten ausgeschlossen. Dann bestritt Edmund Liepold das rechtmäßige Zustandekommen der Satzungsänderung, denn als amtierender Alterspräsident hatte er die BV vom 27.02.2016 wegen eines Ladungsfehlers geschlossen, und niemand war berechtigt, eine Alternativsitzung abzuhalten und dort Beschlüsse zu fassen.

Neu in die Debatte eingeführt wurde von Anwalt Veauthier ein Urteil, das am 25.01.2001 beim **Obersten Bayerischen Landesgericht** München erging und sehr genau die Zweckbestimmung der SL definierte. Diese sei in Paragraph 3, Abs. 1, b der SL-Satzung enthalten und laute, **„den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen “** (Urteil Seite 7). Das Gericht fügte dankenswerterweise auch hinzu, **„dass eine weite Ausdehnung der indisponiblen Zweckbestimmung in aller Regel nicht dem Interesse des Vereins und seiner Mitglieder entspricht“** (Urteil Seite 6). Diese Ausführungen erschienen dem Witikobund so wichtig, dass er sie in einem elektronischen Rundschreiben verbreitete und als ein „Kronjuwel“ bezeichnete.

Wer ist Volksgruppensprecher?

Ungemach droht Bernd Posselt auch von einer dritten Seite. Ein Landsmann aus dem Raume Frankfurt/Main bestreitet ihm das Recht, sich Volksgruppensprecher zu nennen, denn er sei nur von der SL gewählt, die aber längst nicht alle Sudetendeutschen erfasse. Da Bernd Posselt auf diese Bezeichnung freiwillig nicht verzichten will, wird der Fall am 7. Dezember 2016 vor dem Landgericht Frankfurt geklärt. *(F.V.)*

Eilmeldung!

Kurz vor Redaktionsschluss wird bekannt, dass das Registergericht die Eintragung der SL- Vorstandswahlen und der Satzungsänderung am 28.Juli 2016 zurückgestellt hat, bis die Frage der Rechtmäßigkeit der Bundesversammlung vom 27./28 2. 2016 gerichtlich geklärt ist. Daraus folgt: 1. Es gilt immer noch die alte Satzung. Eine neue gilt erst vom Moment der Eintragung an und hat keine rückwirkende Kraft. Selbst MP Seehofer führte daher die Öffentlichkeit mit der Behauptung des Eigentumsverzichts in die Irre. 2. Herr Posselt wurde nicht zum Volksgruppensprecher gewählt.

Die Marienbader Gespräche 2016

Die diesjährigen Marienbader Gespräche fanden vom 24.-26. Juni statt. Die Sudetendeutsche Zeitung berichtete darüber ausführlich am 1. und 8. Juli 2016. Wie man den dort beigefügten Bildern entnehmen kann, herrschte unter den Anwesenden eine freudige Stimmung.
Das ist nachvollziehbar bei tschechischen Teilnehmern, denn Veranstaltungen wie diese bringen sie ihrem Ziel, der Absolution für ihre Vertreibungsverbrechen, wieder ein Stück näher.
Weniger verständlich ist die gute Laune der deutschen Teilnehmer, befanden sie sich doch im Kreise von Verteidigern und Nutznießern einer der größten fremdenfeindlichen Maßnahmen der Vergangenheit, der Vertreibung und aller damit zusammenhängenden Grausamkeiten. Sollte man da bei der Auswahl seiner Freunde vielleicht etwas vorsichtiger sein?
Unbekümmert um seinen Ruf war auch Herr Posselt anwesend. Er bekannte sich in der Einwanderungsfrage zur Merkel-Devise „Wir schaffen das!“. Seine weiteren Ausführungen zur Flüchtlingsfrage waren (soweit das der Zeitung zu entnehmen war) leider etwas konfus, verharmlosend und auf die „Eine-Welt“-Perspektive ausgerichtet, womit, wie bekannt, der Normalbürger nichts anfangen kann.

Marienbad, eine Gründung des Stiftes Tepl, hier mit der sog. „Singenden Quelle“.

Aus dem Munde des ebenfalls anwesenden deutschen Botschafters in Prag, Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven, erfuhr man, dass es sich bei den Marienbader Gesprächen um einen strategischen Dialog über neun (9) Arbeitsfelder handele. Der Dialog sei offen für weitere Partner, was vor allem die erstmals ausgeschlossenen Witikonen überraschen dürfte. Ein Top-Thema sei aber die Industrie, denn schließlich liege der Industrialisierungsgrad der CR nur bei mageren 28 Prozent. Das aber ist eine Zahl, die zu Spekulationen anregt, denn im früheren Sudetenland hatte man schon stolze **54 Prozent** erreicht! War es diese Zahl, die Bohuslav Sobotka veranlasste, die Sudetendeutschen als die *„natürlichen Verbündeten“* der Tschechen zu bezeichnen? Hat er die historische Gesetzmäßigkeit erkannt, wonach der Wiederaufbau Böhmens nie ohne die Deutschen gelang? Das stellte schon Paul Zidek (Berater König Podebrads) nach der Hussitenzeit fest und bewahrheitete sich wieder nach dem Dreißigjährigen Krieg! Die Sudetendeutschen sind gespannt und warten auf Angebote in „harter Währung“!

Das Gewebe unserer Seele, das was wir lieben, entsteht in unserer Jugend.
(Solschenyzin)

Standardfragen

In einem Zeitungsartikel wird die Nobelpreisträgerin Herta Müller mit folgendem Spruch zitiert: „Du sollst Dir kein Buch verkneifen!“. Da dieser Satz sicherlich auch auf Texte unterhalb des Buchformats angewendet werden kann, entstand Folgendes:

Münsterer Standard

Marion Grütter ist in Berlin die Staatsministerin für Kultur. Mit den Vertriebenen hatte sie schon vor einem halben Jahr zu tun, als sie Gundula Bavendamm an die Spitze der Stiftung FVV (Flucht-Vertreibung-Versöhnung) hievte. Frau Grütter kommt aus Münster, legt aber Wert darauf, nicht als „Münsteraner Standard“ eingestuft zu werden (Spiegel, 23/2016, S. 128).
Vielleicht denkt sie deshalb auch sehr vorausschauend und freut sich schon heute auf den in acht Jahren zu feiernden 300. Geburtstag **Immanuel Kants**. Vertriebene finden das gut, weil dabei der große Beitrag Ostdeutschlands zur deutschen Kultur in Erinnerung gebracht wird. Aber vielleicht haben wir Frau Grütter auch nur etwas missverstanden, denn sie ließ schon verlauten, dass uns Kant helfen kann, „Kurs zu halten auf unserem europäischen Weg.“ Da wollen wir nicht kleinlich einwenden, dass Kants Geburtsort eigentlich in Russland liegt. Für Europa zählt, dass Königsberg auch unter dem „bestirnten Himmel über uns“ liegt. Das sind die neuen Koordinaten, die uns erlauben, freudig aus unserer „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ heraustreten. Ja, so geht Europa, so geht Kant!

Aber, liebe Frau Grütter, ginge es vielleicht auch eine Nummer kleiner? Otto Normalverbraucher wäre doch schon zufrieden, wenn in der EU wenigstens die selbst gegebenen Richtlinien eingehalten würden. Das wäre zwar nur „Münsteraner Standard“, aber man könnte damit gleich anfangen!

Berliner Standard

Hier geht es jetzt um den Nachbarschaftsvertrag mit Polen, der 1991 abgeschlossen wurde und der zu dem Geflecht von Ostverträgen gehört, mit denen man die Abtrennung deutscher Gebiete auch ohne Friedensvertrag zementieren will.

Die „gefährlichen“ Sätze der Charta lauten:
*Wir fühlen uns berufen zu verlangen, daß das **Recht auf die Heimat** als eines der von Gott geschenkten Grundrechte (…) verwirklicht wird.(…)*
*Die Völker der Welt sollen ihre **Mitverantwortung** am Schicksal der Heimatvertriebenen (…) empfinden.*
*Die Völker sollen handeln, wie es ihren **christlichen Pflichten** (…) entspricht.*
*Die Völker müssen erkennen, daß das (…) höchste **sittliche Verantwortung** (…) fordert.*

Aus Freude darüber wollte der Deutsche Bundestag am 17. Juni 2016 eine Resolution verabschieden. Doch die Grünen störten sich an der Erwähnung der **Charta der Vertriebenen** von 1950, denn in dieser wird an das *„Recht auf Heimat“* und an die *„Mitverantwortung der Welt am Schicksal der Heimatvertriebenen“* erinnert. So schritt man am 10.Juni 2016 zur Sicherung des Berliner Standards und setzte die Resolution von der Tagesordnung ab. Die Verabschiedung gelang dann doch noch am 23.06.2016 nach einer schwammigen Umformulierung. Die Schwammigkeit scheint aber auch das Gedächtnis einiger Debattenredner erfasst zu haben, denn sie stellten das deutsch-französische Verhältnis als Vorbild für Polen hin. Da kann man nur sagen: Nein, danke! Hat man vergessen, dass Verdun einst Wirten hieß und zum Deutschen Reich gehörte, genauso wie das Elsass und weitere linksrheinische Gebiete? Wie gnädig von der Natur, vornehmlich Politiker mit der Gabe des Vergessens bedacht zu haben. Nur wenigen wäre es dann wohl möglich, dem Berliner Standard zu entsprechen (Grundinformation FAZ, 24.6.2016, S. 4)!

Weltstandard

Die FAS (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) hat für kurze Zeit ihr Standardbewusstsein vergessen. Sie glaubte, ein missverständliches Wort Alexander Gaulands von der AfD zu **Jerome Boateng** skandalisieren zu können. Bei genauem Hinsehen hat Herr Gauland aber eigentlich nur den von ihm vermuteten deutschen Alltagsrassismus beschrieben. Mit einer ähnlichen Masche (angeblicher Schießbefehl) hat man kurz zuvor ja auch eine Hexenjagd gegen Frauke Petry inszeniert. Die Zeitungen scheinen in ihrem Jagdeifer vergessen zu haben, dass sich unter den Lesern zunehmend auch AfD-Wähler befinden, die man vor den Kopf stößt. Momentan könnten es rund fünfzehn Prozent sein! Die AfD hingegen muss sich keine grauen Haare wachsen lassen, denn die Le-Pen-Partei in Frankreich hat in der Vergangenheit ähnliche Attacken schadlos überstanden. Den AfD-Matadoren sollte aber endlich auch klar werden, dass sie auf intellektuelles Schaulaufen in den Medien gar nicht angewiesen sind. Die Entgrenzungswut unserer „Eliten“ erzeugt automatisch eine Nachfrage nach identitärer Politik, so dass die AfD bei der nächsten Wahl einfach nur „da sein“ muss.

In ihrer ideologischen Befangenheit hat die FAS natürlich auch nicht an Jerome Boateng selbst gedacht. Er hat eine deutsche Mutter, lebt in München ein vorbildliches bürgerliches Leben und ist bestimmt nicht begeistert, dauernd wegen seiner Hautfarbe im Mittelpunkt zu stehen. Die Zeitungen sollten vielmehr hervorheben, dass er im Gegensatz zu anderen Sportprominenten seine **Steuern** in Deutschland zahlt und, abgesehen von unnatürlichen Handbewegungen im Strafraum, nicht nur als Spieler einen bemerkenswerten Weltstandard verkörpert! *(F.V.)*

Hotel in Komotau erhält den Namen "Sudety"

Am Samstag, dem 25.06.2016, wurde in Komotau das ehemalige Hotel Bobr nach einem Besitzerwechsel in Hotel "Sudety“ (Sudeten) umbenannt. Der neue Inhaber und Direktor, Ing. Jan Kubricht, hatte zur Eröffnung ein umfangreiches Programm vorbereitet und Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus Deutschland eingeladen.

Neben einer Ausstellung unter dem Motto "Das Meer und die Ruhe" - die sich mit der Rekultivierung der Tagebaugruben Nordböhmens mit Hilfe des Wassers aus der Nordsee auseinandersetzt, gab es eine

Reihe von kulturellen Aktivitäten, die alle dem Thema der tschechisch-sudetendeutschen Aussöhnung gewidmet waren. Im Vorgarten des Hotels wurde dazu das Kunstwerk "Punkt der Versöhnung" erstmals öffentlich gezeigt. Der Autor des Projektes, Jan Slovenčik, sprach über die Idee und Ausführung seines Themas. Anschließend stellten Laienschausspieler in verschiedenen Masken von Politikern, wie Angela Merkel, Barak Obama oder Vaclav Klaus, aber auch von Despoten und Führern arabischer und afrikanischer Staaten und Terrororganisationen, ihre Art der Aussöhnung auf diesem Monument in Aktionen dar.
Im Hotel hatten die Besucher anschließend die Möglichkeit, in einem Kinosaal die Dokumentationen "Zurück zu den gemeinsamen Wurzeln" und "Die vergessenen Helden" zu sehen. In diesen Filmbeiträgen wurde das Leben der Sudetendeutschen vor der Vertreibung, ihre individuelle Vertreibungsgeschichte sowie das Leben in der CSR ohne die Deutschen thematisiert. Anwesend war dabei auch eine Reihe von Vertretern der Deutschen Minderheit aus Komotau, die regelmäßig das Begegnungszentrum der Stadt besuchen. Sie wurden begleitet von der Geschäftsführerin des Begegnungszentrums Komotau, Frau Ing. Alice Hlaváčková, die zugleich die Möglichkeit nutzte, sich aktiv in die folgende Diskussion einzubringen.
Der Stellvertretende Landesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landesverband Sachsen e.V. und Mitglied der Bundesversammlung, Claus Hörrmann, der anlässlich der Hoteleröffnung ein Grußwort hielt und die Namensweihe mit vollzog, nutzte die Gelegenheit zum intensiven Gedankenaustausch mit den deutschen Komotauern und Frau Hlaváčková. Er würdigte dabei insbesondere die Aktivitäten und Ideen des Hoteliers, Jan Kubricht, der aus eigenem Antrieb und ohne jegliche staatliche oder örtliche Unterstützung mit dem bürgerschaftlichen Engagement junger tschechischer Künstler dieses Projekt ins Leben gerufen hat.
Damit lädt das Hotel seine Gäste und Besucher zu einer besonderen Art der Aussöhnung ein, bei der alle Menschen guten Willens Feindschaften, Vorurteile und Intoleranz dem anderen gegenüber abbauen können. Im Hotel selbst wurde bereits ein Gästezimmer nach der alten untergegangenen Bergstadt Preßnitz/Přísečnice benannt und mit entsprechenden deutschen und tschechischen Text- und Bildinformationen sowie stilgerechtem Mobiliar für die Nutzer eingerichtet. Weitere Themengästezimmer sind in Planung. So erhalten die Hotelbesucher die Möglichkeit, sich mit dem Thema Vertreibung und deren Folgen auseinanderzusetzen, was in der Öffentlichkeit der Stadt noch immer allzu oft ausgeblendet wird. Leider hatte auch kein Vertreter der kommunalen Verwaltung den Mut, bei dieser Veranstaltung zu erscheinen. Auch beim Besuch des Erlangener Bürgermeisters - Partnerstadt von Komotau - blieb dieses Ereignis ein Tabuthema.

Claus Hörrmann mit Übersetzerin vor dem Hotel bei seinem Grußwort

Claus Hörrmann dankte in seiner Begrüßungsrede den Veranstaltern für ihren Mut und den jungen Tschechen für die Offenheit im Umgang mit der Vertreibungsthematik und sprach dabei zugleich die Hoffnung aus, dass nach dem Besuch Daniel Hermans, auf dem letzten Sudetendeutschen Tag die Regierung Tschechiens sich endlich auch hinsichtlich der Straffreistellungsgesetzes und Benes-Dekrete bewegt. Zugleich betonte er, dass er die Haltung der Bundesspitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft, auf diese berechtigten Forderungen öffentlich zu verzichten, für strategisch falsch halte.
Mit weiteren Musikproduktionen und zahlreichen interessanten Hintergrundgesprächen endete am späten Abend das Programm. Claus Hörrmann versicherte dem Team des Hotels weitere Unterstützung bei der Bereitstellung von Materialien und der Werbung um deutsche Gäste für das Hotel "Sudeten", das bereits in der Vergangenheit oft von alten Komotauern gebucht wurde. Zugleich wurde eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Begegnungszentrum Komotau vereinbart.
(Claus Hörrmann)

Vergebene Liebesmühe auch im Jahre 1937

Die Sudetendeutschen waren immer bereit, die Nationalitätenfrage konstruktiv und fair zu lösen. So entwickelte man schon 1905 die Idee des Mährischen Ausgleichs. In der Zwischenkriegszeit hoffte man das Eis durch eine Regierungsbeteiligung zu brechen. Von Bedeutung war aber auch die Vorlage von sechs gut durchdachten **Volksschutzgesetzen** durch die Sudetendeutsche Partei (SdP) am 27. April 1937 im Prager Parlament. Ein Echo von tschechischer Seite blieb jedoch ein Jahr lang aus und hat sich nach dem März 1938 erübrigt, denn die politische Entwicklung war damals über diese Vorschläge schon hinweggegangen (Anschluss Österreichs).

Die Gesetze waren so abgefasst, dass sie nicht nur für die Sudetendeutschen gelten konnten, sondern gleichermaßen für alle sechs nichttschechischen Volksgruppen. Die einzelnen Gesetzesanträge trugen die nachstehenden Bezeichnungen:

1. Gesetz zum Schutz der Volkstumsrechte durch Bildung von Verbänden öffentlichen Rechtes.
2. Gesetz betreffend die Volkszugehörigkeit der Staatsbürger und die Nationalen Kataster.
3. Gesetz betreffend den Schutz gegen jede Art von Entnationalisierung. Schutz der nationalen Zugehörigkeit der Staatsbürger.
4. Gesetz zur Verwirklichung der Gleichberechtigung in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes.
5. Gesetz über die Haftung des Staates und anderer öffentlich-rechtlicher Verbände für Schäden, die durch ihre Organe verursacht werden
6. Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 9. März 1920 über das Verfassungsrecht

Die Lage der nationalen Minderheiten in der CSR war dadurch gekennzeichnet, dass ihre Angehörigen immer nur als Einzelpersonen Träger gewisser Freiheitsrechte waren. Mit den von der SdP eingebrachten Gesetzen sollte aber die Gesamtheit dieser Personen als öffentlich-rechtlicher Verband in Erscheinung treten können. Diese Verbände sollten aber kein autonomes Gesetzgebungsrecht haben, sondern sollten nur wie Lobbyistenverbände für die Volksgruppen arbeiten. Verglichen mit den heutigen Ansprüchen der Basken, Iren usw. nahmen sich ihre Forderungen bescheiden aus. Ihre wirksamste Waffe wäre das Klagerecht gegen Schmälerung des kulturellen und wirtschaftlichen Besitzstandes gewesen. Die Vorstände dieser Verbände sollten aus den Abgeordneten **aller** Parteien der jeweiligen Nationalitäten gebildet werden. Zur Abwehrstrategie der Tschechen gehörte der Spruch: *Gott hat nur Menschen geschaffen, keine Nationen.* Das aber ist offenkundig falsch und wurde von den Tschechen selbst am nachhaltigsten widerlegt. Der Mensch ist ein soziales Wesen (Zoon politikon), angefangen von familiären Bindungen über Sippen, Volksgruppen bis zu Nationen.

Dr. Hans Neuwirth, einer der Wortführer der SdP im Prager Parlament

Die CSR schlug 1937 erneut einen Lösungsversuch der Sudetendeutschen aus. Es war ein maßvoller Versuch, der gewiss nicht „immer etwas mehr gefordert hat“ als die Tschechen zugestehen konnten, wie man immer behauptet. Offenbar sprach man den Sudetendeutschen generell das Recht ab, überhaupt einen Wunsch zu äußern. *(F.V.)*

Dem Recht auf die Heimat entspricht das Recht auf Wahrung der Identität.
Diese zu hegen und zu erhalten steht allen Menschen zu, die sich zu einer gemeinsamen Heimat bekennen. Sie ist für uns Sudetendeutsche ein Teil der Identität des gesamten deutschen Volkes und begründet den Schutz durch den Staat.
(aus Punkt 6 der Erklärung der Bundesversammlung der SD-Landsmannschaft, Manifest `79).

Hast Du Dich schon in Oberteisbach angemeldet?

Das Olympiafeuer im Sudetenland

Seit der Olympiade 1936 gibt es den Staffellauf mit dem Olympiafeuer aus Griechenland zum jeweiligen Austragungsort der Spiele. 1936 war das Ziel Berlin. Die Strecke war 3.187 km lang und wurde von 3.331 Läufern in zwölf Tagen zurückgelegt. Zur Freude der Sudetendeutschen führte sie auch durch ihr Siedlungsgebiet, und zwar im Norden, durch die Gemarkungen der Gemeinden Peterswald und Nollendorf, Kreis Aussig. Sechs Sportler des Schwimmvereins „Hellas Tetschen“ bewarben sich als Läufer und wurden für die ehrenvolle Aufgabe berücksichtigt. Der letzte von ihnen, Hermann Jeswick , trug die Fackel bis an die Staatsgrenze und übergab sie dem ersten reichsdeutschen Läufer. Im Rückblick betonte er den bewegenden Symbolgehalt dieser Szene. Was sie im Alltag vergeblich ersehnten, hat der Sport für einen Augenblick ermöglicht. Sudetendeutsche und Reichsdeutsche waren Teil eines gemeinsamen Ganzen. Die Grenze trennte das darbende Sudetenland für einen Moment nicht vom Reich. Jeswick wurde gleich nach der Übergabe der Fackel von Leni Rieffenstahl nach Berlin als Gast zu den Spielen eingeladen.

Die olympische Flamme wird mittels eines Hohlspiegels entzündet

Deutscher Fußball-Club (DFS) Prag wiedergegründet

Der DFC Prag gehörte im Jahre 1900 zu den Gründungsmitgliedern des DFB. Er stellte mit Prof. Hueppe sogar den ersten DFB-Präsidenten. Nicht so prestigeträchtig war 1903 allerdings sein Gewinn der Deutschen Vizemeisterschaft, denn er war kampflos in das Endspiel in Hamburg-Altona vorgedrungen und unterlag gegen den VfB Leipzig mit 2:7 Toren. Nachdem der DFB 1904 der FIFA beigetreten war, wurde die grenzüberschreitende Teilnahme beendet. Dennoch stieg der DFC Prag zu einem der angesehensten Clubs Europas auf. Leider wurde er aber 1939 (wie alle sudetendeutschen Sportvereine) gleichgeschaltet, d.h. in seiner ursprünglichen Form aufgelöst.

Jetzt, 77 Jahre später, wurde der Verein neu gegründet. Den Anlass bildete die Aufführung des Musicals „Oma, Opa, erzählt mal!“, dessen Handlung mit der Auflösung des DFC einsetzt. Interpreten des Musiktheaters waren Schülerinnen und Schüler der Schule der Deutsch-Tschechischen Verständigung und des Thomas-Mann-Gymnasiums in Prag.

Mannschaftsfoto 1907

In seiner ersten Saison wird sich der Verein – in Zusammenarbeit mit den deutschen Schulen Prags – hauptsächlich auf die Kinder- und Jugendarbeit konzentrieren. Vorarbeiten für die Neugründung leistete eine Gruppe „Fußballverrückter“ bereits im Vorjahr. Sie veranstalteten am 12.September 2015 einen Themenspaziergang auf den Spuren des DFC durch Prag und ließen einen Tag später ein Benefizspiel gegen eine „Initiative 1903“ folgen. Da der frühere DFC-Platz auf dem Letna-Hügel nicht mehr besteht, spielte man auf dem Platz des Clubs Aritma Prag. Die beigefügte Luftaufnahme zeigt aber den früheren DFC-Platz links unten. Auch wenn es heute gerne verschwiegen wird, ist es doch wahr, dass auch dieser Platz zum deutschen Gesamtvermögen gehörte, das 1945 enteignet wurde. Laut Sudetendeutschem Turnerbrief, Oktober 1962, Seite 16, fielen den Tschechen 342 Sportplätze und 168 Turnhallen in die Hände.

Luftbild Letna 1930: Links unten der DFC-Sportplatz, darüber Slavia Prag und die Pferderennbahn.

Mit der Geschichte des deutschen Fußballs befaßte sich ausführlich schon 2006 Lubomir Kral in dem Buch „Historie nemecke Kopane v Cechach“. Das Buch wurde gefördert vom Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds. Aus ihm wurde auch das beigefügte Bild entnommen. *(F.V.)*

Die Welt verstehen:

1. In der Tschechischen Republik formiert sich eine „Nationale Landwehr“, die den Zustrom von Islamisten verhindern will. In 90 Zweigstellen sind 2.500 Personen aktiv (Lidove noviny, 6.7.2016)..
2. Wegen Justizirrtums müssen in Deutschland unschuldige Menschen jährlich 70.000 Tage (oder 192 Jahre) hinter Gittern verbringen (Panautarkia, 1.5.16).
3. Auch bei der RAF (Rote Armee-Fraktion) mischte der deutsche Verfassungsschutz kräftig mit: Für die Beschaffung von Waffen und Sprengstoff sorgte der V-Mann Urbach (FAS, 8.5.2016, S. 45).
4. Die Zahl der Lobbyisten mit Hausausweis für den Berliner Reichstag sank dank einer Klage von *abgeordnetenwatch* von bisher 2.000 auf nunmehr 500. Mit 15.000 ist die Phalanx der Lobbyisten in Brüssel noch mächtiger (Netz: *abgeordnetenwatch* 13.5.2016).
5. Zwischen 1947 und 1987 waren in Schleswig-Holstein etwa der Hälfte der Abgeordneten und zwei Drittel der Minister frühere NSDAP-Mitglieder oder -Funktionsträger (JF, 20.5.2016, S.19).
6. In der CSR wirkte sich bei den Wahlen vom 19.5.1935 die betrügerische Wahlkreisgeometrie wie folgt aus: Henleinpartei 1.249.350 Wähler und **44** Mandate, Tsch. Agrarier 1.116 593 Wähler (minus 132.757 !) und **45** Mandate (Brügel, Tschechen und Deutsche, S. 265-269).
7. Die griechischen Steuerzahler schulden ihrem Staat 87 Mrd. €, das sind 55 % der geplanten Einnahmen. Der Staat vermag sie aber nicht einzutreiben, so dass die anderen EU-Länder einspringen (FAZ, 30.5.2015, S.15).
8. Die in Deutschland angeordnete Energiewende soll das Kohlendioxyd (CO_2) in der Atmosphäre senken. Der von Deutschland verursachte Anteil daran beträgt aber nur 0,0000471**2** Prozent. Es ist irrational, für eine Senkung auf vielleicht 0,0000471**1** (= 1/10 Millionstel %) so viel Geld aufzuwenden (Juwelen-Magazin, 10.6.2016).
9. 1945 hat die Sowjetunion die japanischen Kurilen-Inseln besetzt. Japan hat bis heute nicht darauf verzichtet. Jetzt scheinen Wladimir Putin und der japanische Premier Sindso Abe einen „äußerst konstruktiven Weg“ zur Lösung dieses Problems gefunden haben. So zahlt sich Standfestigkeit aus (PAZ, 27.5.2016, S. 2).
10. In Berlin sprach der Historiker Johannes Tuchel über den Widerstand deutscher und tschechischer Sozialdemokraten während der NS-Zeit. Leider vergaß er dabei ganz auf die sudetendeutschen Sozialdemokraten, die sogar die Hauptlast bei der Unterstützung der deutschen Emigration in der CSR trugen (SdZ. 17.6.2016).
11. Viele abgelehnte männliche Asylbewerber unter 40 Jahren legen ein Krankenattest vor, um die Abschiebung zu vermeiden. Das wunderte sogar Innenminister de Maiziere (FAZ, 18.6.2016, S. 2).
12. Nach dem Ableben Dr. Alfred Schickels übernahm der Karlsbader Gernot Facius die Leitung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI).
13. Bereits zum vierten Mal traf sich die Jugend der deutschen Volksgruppe in Ermland und Masuren zur Sommerolympiade. Vom 24. – 26.06.2016 vertraten fast 80 Jugendliche in Sensburg die deutschen Vereine aus Allenstein, Bartenstein, Braunsberg, Heilsberg, Landsberg, Ortelsburg, Osterode, Rastenburg und Sensburg (Mitteilungen der Landsm. Ostpreußen).
14. In Deutschland gibt es 1,2 Mio Arbeitnehmer, deren Lohn unter der Hartz IV-Grenze liegt und daher „aufgestockt“ werden muss. Die Sozialämter bringen dafür jährlich 10.5 Mrd. € auf (ZdF, 5.7.2016).
15. In Polen werden Landkarten gedruckt, in denen Teile der Ukraine als „ureigene polnische Gebiete“ eingezeichnet sind (Franz Krummbein, LupoCattivoBlog, Juli 2016).
16. Der Witikobund erhielt zwischen 1950 und 1970 staatliche Zuschüsse, die aber von der sozial-liberalen Regierung gestrichen wurden. Der Vorstand bat daher um großzügige Spenden (Witikobrief 1972/3, S. 34).
17. In Großbritannien wurde vor sieben Jahren ein Untersuchungsausschuss zum Irakkrieg eingesetzt. Das Ergebnis verkündete jetzt dessen Leiter, Sir John Chilcot. Der Krieg sei ungerechtfertigt gewesen und hätte nachteilige Folgen bis heute. Frau Merkel hielt die deutsche Nichtbeteiligung am Krieg für einen Fehler.
18. Am 31.7.2016 gedachten die Aussiger des Massakers vor 71 Jahren und wiederholten ihren Vorschlag, die Elbebrücke in Pölzlbrücke umzubenennen
19. Wissenschaftler der Uni Delft entwickelten einen briefmarkengroßen Speicherchip, auf dem **alle** jemals auf der Welt geschriebenen Bücher abgespeichert werden könnten (UA, 19.07.2016, S. 3).
20. Die Lufthansa verbraucht für die Beförderung eines Passagiers über 100 km durchschnittlich 3,8 Liter Treibstoff.
21. Die sog. Energiewende mit der Nutzung erneuerbarer Energien verteuert den Strom in diesem Jahr um 21. Mrd. €!.

Die gefährlichste Weltanschauung ist die der Leute, welche die Welt nicht angeschaut haben.
(Alexander von Humboldt)

Im Satzungsstreit können wir nur mit Deiner Spende durchhalten!

Der Inhalt der Geschichtsbücher

Die USA drehen ein großes weltpolitisches Rad. Daher findet ihr Handeln auch weltweit große Beachtung. Manche US-Regierungsstellen sind darüber allerdings gar nicht so glücklich. Denken wir nur an die Mondlandung, an den Mord an John F. Kennedy und an die Zwillingstürme. In allen Fällen weckte der investigative Journalismus Zweifel an den amtlichen Darstellungen.
Seit Neuestem geriet nun auch die handstreichartige Ausschaltung **Osama Bin Ladens** im Jahre 2012 ins Zwielicht. Bisher glaubte man, sein Versteck sei durch gründliche Beobachtung eines seiner Kuriere entdeckt worden. In Wirklichkeit soll aber alles viel trivialer gewesen sein. Osama Bin Laden sei schon 2006 von den Pakistanern festgenommen und in einer Villa interniert worden. Angelockt durch das hohe Kopfgeld hätte ein Angehöriger des pakistanischen Geheimdienstes Bin Ladens Aufenthaltsort verraten. Als die USA die pakistanische Regierung mit ihrem Wissen konfrontierte, gab diese alles zu und half, den Zugriff vorzubereiten. Sie zog die Wachen ab und bat die Nachbarn der Bin-Laden-Villa, sich bei einem bevorstehenden nächtlichen angeblichen Manöver ruhig zu verhalten. Um ganz sicher zu gehen, wurde in dieser Gegend auch noch der Strom abgeschaltet. So konnte sich der beim Zugriff nötige Heroismus in Grenzen halten.

Eine zerrissene Gesellschaft

Diese Ablauf-Version birgt insofern Dynamit in sich, als Barak Obama zur gleichen Zeit im Wahlkampf um die zweite Präsidentschaft stand. Die Darstellung des Zugriffs als tollkühnes Husarenstück hat ohne Zweifel sein Ansehen gesteigert. Für die US-Gesellschaft bedeuten derartige Manipulationen, oder auch nur der Verdacht auf diese, Vertrauensschwund und heillose Zerrüttung. Als Ursünde für das allgemeine Misstrauen gilt der Mord an Kennedy. Vier von fünf US-Bürgern glauben nicht mehr an die Einzeltäterschaft von Lee Oswald. Das ist dann der Humus, auf dem alternative Versionen auch zu anderen Ereignissen gedeihen.

Und nach einem Krieg?

Das geschilderte Szenarium ist vor allem für in einem Krieg unterlegene Nationen beängstigend. Deren Geschichte schreibt bekanntlich der Sieger. Kann dieser der Versuchung massiver Manipulationen widerstehen? *(Quelle: Spiegel, 14/2016, S. 57 ff.)*

TTIP – ein alter Hut?

TTIP ist die Abkürzung für *Transatlantic Trade and Investment Partnership*, zu deutsch Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. In der Öffentlichkeit ist der Plan für dieses Vertragswerk heftig umstritten, da vermutet wird, dass sich Großkonzerne unangemessene Privilegien sichern könnten.

Was ist daran neu?

Im Leben ist es oft sehr schwer, das Alte hinter der Fassade des Neuen zu erkennen. Hier beginnt aber die Arbeit des Historikers, der (hoffentlich) das Vergleichbare in der Vielfalt der Erscheinungen sieht. Was TTIP betrifft, erkennen wir darin ein Modell, nach dem Kaufleute schon immer handelten, wenn sie auszogen, um Stützpunkte in fernen Ländern zu gründen. Sie verlangen von den örtlichen Regenten Sonderrechte, die sie vor Einmischung in ihre Geschäfte bewahrten. So verfuhr die mächtige Hanse und so hielten es die deutschen Kaufleute im mittelalterlichen Prag. Die Reihe geschichtlicher Beispiele lässt sich fortsetzen: Zu erinnern ist an venezianische Kolonien in der Renaissance oder an Phönizische Niederlassungen im Altertum. Ja, die Beispiele reichen sogar 4.000 Jahre zurück!. Der „Spiegel“ portraitierte kürzlich (7.5.2016, S. 112) die assyrische Handelskolonie *Kanisch* in Anatolien, die nach dem Zeugnis unzähliger dort gefundener Keilschrift-Tafeln inmitten von Anatoliern nach eigenen assyrischen Gesetzen agieren durfte.

Nutzanwendung?

Die genannten historischen Parallelen sollen das moderne TTIP weder relativieren noch verharmlosen. Moderne Großkonzerne haben heute eine ganz andere Wirkungsbreite, sprich Macht, als ihre

historischen Vorgänger. So fürchten heute europäische Politiker und Verbraucherverbände um unsere Standards im Verbraucher-,Umwelt-, und Tierschutz. Die Gewerkschaften sehen mühsam errungene Arbeitnehmerrechte in Gefahr. Ein heißes Eisen ist der angestrebte Investitionsschutz, der Staaten bei bestimmten Fehlentwicklungen haftbar macht. Und da die staatliche Justiz angeblich oft zu wenig „Verständnis“ für Großkonzerne zeigt, strebt man eigene Schiedsgerichte an. Die Verhandlungen über TTIP gelten als intransparent, denn selbst Abgeordnete des Deutschen Bundestages erhalten nur begrenzten Einblick in die Vertragsinhalte. Daher darf man sich nicht wundern, wenn sich die breite Öffentlichkeit entmündigt fühlt und kritisch reagiert.
TTIP steht zwar in einer langen historischen Tradition, darf aber nicht auf die leichte Schulter genommen werden! *(F.V.)*

Lasst Leserbriefe sprechen!

Leserbriefe gehören meist zu den interessantesten Teilen einer Zeitung. Daher folgen hier zwei Beispiele aus der FAZ im Frühsommer.

Thema **Verdun** (FAZ, 20.6.2016):

Verpfändet

Zu den Artikeln über den französischen Erinnerungsort Verdun in Ihrer Zeitung: Darf man auch daran erinnern, dass das Bistum Verdun/Wirten mit den Bistümern Metz und Toul/Tolun zum Heiligen Römischen Reich gehörte und von Kurfürst Moritz von Sachsen und Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel dem französischen König Heinrich II. am 15. Februar 1552 lediglich verpfändet wurde für Geld zur Kriegführung gegen den Protestantenverfolger Kaiser Karl V.?

Die Pfandauslösung wurde aber verweigert, ein Winterkrieg Karls scheiterte, Frankreich wandelte die Schutzherrschaft in französischen Besitz um und setzte seine Ostexpansion zum Rhein fort bis zur Überrumpelung Straßburgs am 30. September 1681!

WOLFRAM BAUMANN, ROTTWEIL

Thema **Nato** (FAZ, 21.6.2016):

Fußballspiele im Westen, Kriegsspiele im Osten

Während König Fußball und der Massenmord in Orlando die Medien beherrschen (F.A.Z. vom 13. Juni), wird wie nebenbei im Osten Europas etwas ganz anderes vorbereitet. Die Nato-Staaten haben sich wie nützliche Idioten vor den geopolitischen Streitwagen der bankrotten Supermacht Vereinigte Staaten spannen lassen und rüsten gegen Russland auf. Den Raketenabwehrschirm wegen der angeblichen Bedrohung aus Iran hat man ja vorsorglich schon vor längerer Zeit aufgespannt. Jetzt kann man ihn zufällig prima gegen die bösen Russen gebrauchen, die ja dem Drängen der Krim nach Annexion nachgegeben haben.

Dass dort kein einziger Schuss gefallen ist, während bei den humanitären Interventionen des amerikanisch geführten Friedensbündnisses Nato Tausende Afghanen, Libyer, Syrer und viele andere Unschuldige ihr Leben oder ihre Heimat verloren haben, wurde von der geneigten Berichterstattung weitgehend ausgeblendet. Obwohl die Folgen offensichtlich sind: Frieden auf der Krim, gescheiterte Staaten in Nahost und Afrika und Millionen Flüchtlinge im überforderten Europa. Besser könnte die Etablierung der „Neuen Weltordnung“, für die Vereinigten Staaten gar nicht laufen.

Fehlt nur noch der große Krieg zwischen Europa und Russland. Aber den probt man ja gerade in Polen und in den baltischen Staaten. Dieser Krieg könnte den Boden Europas zum dritten Mal mit Blut tränken oder sogar atomar verseuchen, die Vereinigten Staaten wären zum dritten Mal bei den Gewinnern, und wir haben dafür jetzt erst noch mal ein paar schöne Fußballspiele gesehen.

EVA MARIA GRIESE, SALZBURG, ÖSTERREICH

Eine Tagung der „Geheimen Weltregierung“- Die Bilderberg-Konferenz 2016 in Dresden

Viel Polizei, wenig Protest: Die 64. Tagung der umstrittenen Bilderberg- Konferenz vom 9.6.-12.6.2016 im Nobelhotel „ Taschenbergpalais, Kempinski“ in Dresden ist vorbei. Rund 130 internationale hohe Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Medien, Militär, Wissenschaft hatten geheim über das Weltgeschehen diskutiert, beraten. Die Teilnehmerliste mit Vertretern aus Europa und Nordamerika gab die Konferenz erst kurz vor dem Treffen bekannt, über die Ergebnisse der Beratungen wird offiziell nichts bekanntgegeben.
Organisator der privaten Konferenz ist die Stiftung Bilderberg – Meetings mit einem Lenkungs-ausschuß „Steering Comittee“, der zur Zeit vom Chef des französischen Versicherungskonzerns Axa, Henri de Castries, geführt wird. Diesem Gremium gehören auch Wirtschaftsbosse wie Paul Achleitner (Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank), Thomas Enders (Airbus), Marcus Agius (PA Consultung Group), Jose Manuel Barroso (früherer EU- Kommissionspräsident), Victor Halberstadt (Ökonom an der Universität Leiden), Kenneth M. Jacobs (Lazard), Klaus Kleinfeld (Aluminium-konzern Alcoa), Rudolf Scholten (Österreichische Kontrollbank), Peter A. Thiel (Thiel Capital), Jacob Wallenberg (Investor AG) und Robert Zoellick (Goldman- Sachs- Aufsichtsrat) an. Mit dem ehemaligen USA- Außenminister Henry Kissinger nahm auch ein Mitglied der Advisory- Group, die eigentlich das Machtzentrum der Bilderberger ist, teil.
Die Liste der Teilnehmer eint, wie der Publizist Daniel Estulin, Autor des Buches „Die wahre Geschichte der Bilderberger“ einmal sagte, eine „Ideologie des Geldes“, eine Vision eines „Eine-Welt-Unternehmens mit beschränkter Haftung“ und einen „einzigen, weltweiten Markt, der von einer Weltarmee beaufsichtigt und von einer Weltbank mit einer globalen Währung geregelt wird“. Diese Einschätzung entspricht im Wesentlichen einem Vorschlag von Coudenhove –Kallergi in seinem Buch „Paneuropa“ von 1922. Er wünschte sich ein geeintes Europa, um gegen die Großmächte USA, Russland, Großbritannien vorzugehen. Er wünschte sich auch eine Allianz der Finanzwelt, der Wirtschaft, der Politik etc., um das richtige Vorgehen Europas zu steuern.
Teilnehmer in diesem Jahr waren auch drei Minister der Bundesrepublik: Ursula von der Leyen, Verteidigungsministerin (die bereits 2015 in Telfs/Österreich teilnahm), Finanzminister Wolfgang Schäuble und Innenminister Thomas de Maiziere. Außenminister Steinmeier, Wirtschaftsminister Gabriel, der Grünen-Chef Cem Özdemir sagten ihre Teilnahme ab. Auch Sachsens Ministerpräsident Tillich stand auf der Gästeliste, er nahm aber nur an einem Abendessen im Residenzschloss teil.
Weitere Teilnehmer in Dresden waren: Jens Steltenberg/NATO- Generalsekretär, Thomas Ahrenkiel/dänischer Verteidigungsminister, Cesar AOlierta/Telefonica, Magdalena Andersson/ schwedische Finanzministerin, Anne Applebaum/“Washington Post“, Rene Benko/Signa Holding, Karstadteigentümerin, Ben van Beurden/Royal Dutch Shell, Ana Botin/Santander, Philip M. Breedlove/ehemaliger Oberkommandierender des NATO-Komandos in Europa, Borge brende/ norwegischer Außenminister, William J. Burns/Carnegie-Stiftung, Emanuelle Charpentier/Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie, Benoit Coeure/Europäische Zentralbank, John Cryan/Deutsche Bank, Marta Dassu/Aspen Institute, Sharon Dijksma/niederländische Umweltministerin, Mathias Döpfner/Axel Springer, Thomas Ebeling/Pro sieben,SAT1, oder Richard Engel/NBC.
Ebenfalls anwesend waren Laurent Fabius/Vorsitzender des französischen Verfassungs-Gerichtshofs, Nial Ferguson/Historiker Havard Universität, Georgieva Kristalina/EU-Vizekommissionspräsidentin, Ulrich Grillo/Bundesverband der Deutschen Industrie, Reid Hoffmann/LinkdIn, Timotheus Höttges/Deutsche Telekom, Julia Jäkel/Gruner + Jahr,

Joe Kaeser/Siemens, Carsten Kengeter/Deutsche Börse, Christine Lagarde/Internationaler Währungsfonds, Christa Markwalder/Präsidentin des Schweizer Nationalrates, Charles Michel/ belgischer Premierminister,John Micklethwait/Bloomberg, Kyriakos Mitsotakis/Parteivorsitzender der griechischen Nea Dimokratia, Bill Morneau/kanadischer Finanzminister, Charles Murray/American Enterprice Institute, Michael O`Leary/Ryanair, Andress Schieder/Vorsitzender des SPÖ-National-ratsklubs, König Willem-Alexander der Niederlande, Mark Rutte/niederländischer Ministerpräsident. Interessant ist auch die Tatsache, dass sich in der Vergangenheit nicht nur einmal die Bilderberg-Konferenz als Karrieresprungbrett für deutsche Politiker erwiesen hat.
Angela Merkel wurde als CDU-Oppositionspolitikerin von den Bilderbergern im Frühjahr 2005 nach Rottach-Egern geladen und bekleidete nur wenige Monate später das höchste Regierungsamt. Helmut Schmidt nahm im Jahr 1973 an der Bilderberg-Beratung teil, ein Jahr danach wurde er Bundeskanzler. Ähnliches erfolgte mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord teilnahm und kurz darauf H. Schmidt durch ein Misstrauensvotum stürzte und Bundeskanzler wurde. Beteiligt am Sturz von H. Schmidt war auch Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen die Konferenz besucht hatte. Auch R. Koch(Hessens ehemaliger Ministerpräsident) und Guttenberg sollen vor ihrer Amtsübernahme Teilnehmer einer Bilderberg-Konferenz gewesen sein. Vielleicht wurde in Dresden bereits über Merkels Nachfolge beraten?
Während der Konferenz herrschte in der Dresdener Altstadt eine seltsame Stimmung. Gepanzerte Limousinen mit schwarz getönten Scheiben, dazwischen viele Englisch sprechende Journalisten und Fotografen, ein starker Lautsprecher und viel Polizisten prägten das Bild am ersten Tag des Treffens. Unmittelbar vor dem Hoteleingang war die Zufahrt mit Zaunteilen aus Beton abgesichert. Im Radius von 1,5 km bestand rund um das Tagungshotel eine Flugverbotszone für Drohnen und ähnliche Geräte Die Polizei hatte mit Unterstützung aus anderen Bundesländern für die Sicherheit zu sorgen. Ca. 400 Polizisten waren täglich im Einsatz. Das Land Sachsen, auch die Stadt Dresden werden wohl die hohen Kosten für die Sicherheitsmaßnahmen tragen müssen. Auskünfte über die Kostenhöhe gab es bisher noch nicht. Es ist aber bekannt, dass für das Treffen in Telfs/Österreich Kosten insgesamt von 5,6 Millionen entstanden waren. Wer die Kosten für die Teilnehmer trägt ist auch noch immer offen. Die Liste der Themen umfasste wahrscheinlich alles, was derzeitig international auf der Tages-ordnung steht: etwa Europa, Asylanten, Wirtschaftswachstum, Energie- und Rohstoffpreise, Internetsicherheit, Finanzpolitik, NATO-Einsatz, China, Russland, der Nahe Osten.
Kritik an der Konferenz in Dresden gab es in Sachsen von den Parteien „Die Linke“ und von der AfD: „Es würden Entwicklungen und Entscheidungen mit starken Auswirkungen auf die Bürger, die Staaten, die Gesellschaften der europäischen und nordamerikanischen Länder und auch auf die Welt geheim diskutiert und abgestimmt.“ Zwar würden keine Beschlüsse oder Verträge abgeschlossen, obwohl die Konferenz ungehindert, offen und vertraulich unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert wird. Die Konferenz verfahre nach den sogenannten Chatham-House-Regeln, die den Teilnehmern die Verwendung von Informationen zwar erlauben, aber niemand darf namentlich genannt werden. Auch Wissenschaftler wie Hans-Jürgen Krysmanski, Professor für Soziologie an der Universität Münster, der Münchener Mediensoziologe Rudolf Stumberger, kritisierten die Intransparenz und die fehlende demokratische Kontrolle. Die Bilderberger lassen sich aber nicht von Gegnern und Kritikern stören und werden ihre nächste Konferenz im kommenden Jahr gut abgeschirmt vor der Öffentlichkeit durchführen.

Erika Köcher

Was vergangen, kehrt nicht wieder;
Aber ging es leuchtend nieder,
Leuchtet's lange noch zurück!
(Karl Förster)

Die Schlacht bei Königgrätz und die „Böxit"-Pläne der Tschechen

Die preußischen Truppen überschritten am 21. Juni 1866 die böhmische Grenze und schlugen das österreichische Heer am 3.Juli bei Königgrätz. Damit kam die Statik des mitteleuropäischen Staatensystems ins Wanken, und mancher Tscheche, der des Vielvölkerstaates Österreich überdrüssig war, begann, von einem „Böxit" zu träumen.

In groben Zügen stellt sich die Lage in Böhmen nach der Schlacht bei Königgrätz wie folgt dar: Österreich war geschlagen und bat Frankreich um Vermittlung. Bismarck wollte dem zuvorkommen und strebte einen schnellen Präliminarfrieden (Waffenstillstand) an. Seine Druckmittel waren die mögliche militärische Besetzung Wiens und die Unterstützung des Freiheitswillens der Serben, der Ungarn und der Tschechen. Am weitesten ging er bei den Ungarn, denen er gestattete, in Schlesien eine „Legion Klapka" (genannt nach General Klapka) aufzustellen. Bei den Tschechen reichte es „nur" zu einem etwas „appetitanregenden" zweisprachigen Aufruf des preußischen Oberkommandos, der am 8.Juli bei der Besetzung Prags an allen Straßenecken angeklebt wurde. Darin wurde nicht nur Schonung der Bevölkerung, sondern auch *„Achtung Eurer historischen und nationalen Rechte"* versprochen. Keinesfalls bestünde die Absicht, *„Euren gerechten Wünschen nach Selbständigkeit und freier nationaler Entwicklung entgegenzutreten"*. Ja, *„vielleicht"* könnten sich auch *„die nationalen Wünsche gleich den Ungarn verwirklichen"* lassen!

Schlacht bei Königgrätz, Gemälde von Georg Bleibtreu

Wertlose Versprechungen

Wie wertlos diese Versprechungen waren, zeigte die sofortige Entwaffnung der Legion Klapka nach Abschluss des Vorfriedens in Nikolsburg am 26.Juli 1866. Bismarck selbst gab zu, die Aufwiegelung der Bevölkerung nur für den Fall eines verweigerten Friedensschlusses vorbereitet zu haben. Ansonsten galt gerade unter Monarchen der Angriff „von innen" als Todsünde gegen das monarchische Prinzip, d.h. gegen die gemeinsamen Feudalinteressen, woran Preußen auch sofort vom Zarenhof und vom Kaiser in Wien mit scharfem Tadel erinnert worden war. Hinzu kam auch die eigene Einsicht Bismarcks in die Funktion Österreichs als Ordnungsmacht im Donauraum.

Die Haltung der Tschechen

Die breite Masse der Tschechen nahm die Ereignisse des Jahres 1866 eher passiv hin, was auch Ausdruck einer gewissen Ratlosigkeit war. Zwar wollten sie weg von der Habsburg-Dynastie (Böxit), fürchteten aber Preußen, das ihnen als Erzfeind des Slawentums galt. Weitere Optionen waren unrealistisch. Der Kreis um Palacky hatte sich schon vom Parlament in Frankfurt ferngehalten und hoffte nun, durch Loyalität zum Hause Habsburg allmählich mit mehr Selbständigkeit belohnt zu werden. Palacky fürchtete auch die Expansionslust Russlands, die nur durch die zwei großen Blöcke Preußen und Habsburg zu zügeln sei. Groß war aber seine Enttäuschung, als das weitaus weniger loyale Ungarn mit dem Zugeständnis der Doppelmonarchie belohnt wurde, während Böhmen leer ausging.

Antipreußisch/patriotisch/böhmisch gab sich auch die kleine, noch im Aufbau befindliche Gruppe der Sokoln, die an der Grenze Holzverhaue gegen die Preußen errichten wollte. Wien lehnte ihre Hilfe aber ab, auch weil man jeder tschechischen Eigenständigkeit misstraute.

Auf die preußische Karte setzte auch eine kleine Gruppe um Fürst Rudolf von Thurn und Taxis. Man traf sich konspirativ am Gehöft des evangelischen Bauern Hons in Nemyslovic nahe Turnau. Zu den treibenden Kräften zählten neben den Fürsten noch der Journalist Antonin Kotik und der Freidenker und Emigranten Josef Vaclav Fritsch (Fric). Der Zeitpunkt muss Mitte Juli gewesen sein, weil Fritsch erst am 11. Juli aus Paris abgereist ist. Man beschloss die Herausgabe einer Aufklärungsschrift, deren Ausarbeitung Kotik übernahm. Die Schrift trug den Titel „Plac koruny ceske" (Wehklage der Krone Böhmens) und zählte auf 16 Seiten überwiegend die Verstöße Wiens gegen die Rechte der Tschechen auf. Für den Fall der Auflösung des Habsburgerreiches empfahl Kotik eine Föderation mit Ungarn und

den Südslaven. Für manchen feurigen Patrioten fiel die Schrift aber etwas zu zahm aus, was aber mit dem während der Abfassung bekanntgewordenen Waffenstillstand von Nikolsburg zusammenhing. Kotiks Vorsicht war berechtigt, denn gleich nach dem Friedensvertrag machten sich die österreichischen Behörden wieder an die Verfolgung Abtrünniger, obwohl § 10 des Friedensvertrages deren Schutz ausdrücklich sicherstellen sollte. So wurde etwa der Landwirt Cerny, der die Schrift im Gebiet von Turnau verbreitet hatte, verhaftet und heimlich nach Prag geschafft, wo er unter größten Vorsichtsmaßnahmen gegen eine Befreiung durch die Preußen abgeurteilt wurde. .
Fürst von Thurn und Taxis sprach im September 1866 in Berlin dreimal bei Bismarck vor und regte an, Böhmen dem Deutschen Reich als freies Reichsland anzugliedern. Bismarck lehnte aber ab, weil er nicht so viele Slawen in seinem Reich haben wollte.

Bedeutung für die Deutschböhmen

Schon der Bauernbefreier Hans Kudlich tendierte zu einer großdeutschen Lösung, und so dachten 1866 die Deutschböhmen allgemein. Irritierend war für sie aber, dass Deutsche gegen Deutsche marschierten. Ihre Erfahrungen aus dem Jahre 1848 verbot ihnen auch die Option eines böhmischen Landespatriotismus, denn damals lernten sie bereits die Verbissenheit der Tschechen kennen. Ihr Problem glich der Quadratur des Kreises. Letztendlich bedeutete Bismarcks Politik für sie und die Alpendeutschen den Ausschluss aus dem Deutschen Reich und eine enorme Schwächung des ganzen Deutschtums, namentlich nach der Vertreibung der Sudeten- und Ostdeutschen.

Warum der „Böxit“ erst 1918 gelang

Die Tschechen mussten bis 1918 auf ihre Selbständigkeit warten. Preußen und Österreich waren 1866 noch stark genug, sie niederzuhalten. Erst als 1918 mit den USA eine raumfremde Macht hinzutrat, hatten die tschechischen Bestrebungen Erfolg. Gerne wird Ungarn als Gegenbeispiel angeführt, das seinem Unabhängigkeitsziel schon 1866 sehr nahe kam. Doch den Unterschied machte der Adel. Während der ungarische Adel voll hinter den Freiheitszielen stand, war das in Böhmen nicht der Fall, weil der böhmische Adel wegen der Ereignisse nach dem „Weißen Berg“ meist ausländische Wurzeln hatte und sich dem Hause Habsburg noch stärker verpflichtet fühlte.
Der Vielvölkerstaat unter österreichischer Führung hatte mit der Abwehr des Osmanenreiches eine weltgeschichtlich bedeutende Rolle gespielt. Leider errichteten die Tschechen 1918 einen noch viel schlimmeren „Völkerkerker“ als sie Österreich unterstellt hatten. Die Leidtragenden waren vor allem die Sudetendeutschen. Was bleibt, ist die Erkenntnis der alten Römer: PARES CUM PARIBUS FACILLIME CONGREGANTUR (Gleich und gleich gesellt sich gern).

(Nach Raupach, Bohemia 7, S. 231 ff.)

Die Auswirkungen des Preußisch-Österreichischen Krieges 1866 auf Pilsen

Indirekter Anstoß für die Entstehung der Skodawerke:

Der „deutsche Krieg“ 1866 hatte gewisse Auswirkungen auch auf Pilsen. Vieles davon kann man der örtlichen Presse entnehmen, doch das für die Zukunft Pilsen nachhaltigste Ereignis fand damals eher im Stillen statt, hatte aber größte Bedeutung für die Industrialisierung der Region.

Emil von Skoda

Emil von Skoda war zu dieser Zeit Ingenieur auf einer Werft in Bremerhaven. Mit dem Kriegsbeginn wurde er dort plötzlich zum „feindlicher Ausländer“ und musste das Land verlassen. Am 18.12.1866 kehrte er daher in seine Geburtsstadt zurück. Dort hatte sein Vater aber schon vorgesorgt. Bereits am 19. Dezember konnte Sohn Emil die Leitung der Reparaturwerkstatt des Grafen Waldstein antreten. Ihr Personalbestand lag bei 31 Personen, von denen aber wegen des Krieges nur 13 zur Verfügung standen. Nach drei Jahren übernahm Skoda das Werk in sein Eigentum und baute es kontinuierlich zum Weltkonzern aus.

So darf man sicherlich zu recht sagen, dass Otto von Bismarck mit der Entscheidung zum Krieg gegen Österreich indirekt auch zum Entstehen der Firma Skoda beigetragen hat. Leider führte 1918 wieder ein Krieg zu einem wesentlichen Einschnitt in der Firmengeschichte. Der neue tschechische Staat setzte die Familie Skoda so unter Druck, dass sie ihre Anteile (unter Wert) an tschechische und französische Banken verkaufte. Zur endgültigen Katastrophe führte dann der nächste Krieg. Wie viele

andere Deutsche kamen 1945 auch beide Enkel des Firmengründers, Emil und Karl, ums Leben. Seither ist die Familie Skoda im Mannesstamm erloschen.

Der Krieg 1866 aus der Sicht der Pilsner Presse

Die Weichenstellung für die Gründung der Firma Skoda fand 1866 im Stillen statt. Sichtbar für den Mann auf der Straße waren Einquartierungen und Truppendurchzüge. Was diesbezüglich in Pilsen passierte, lässt sich der dort erschienenen Zeitung „Böhmische Westbahn“ entnehmen:

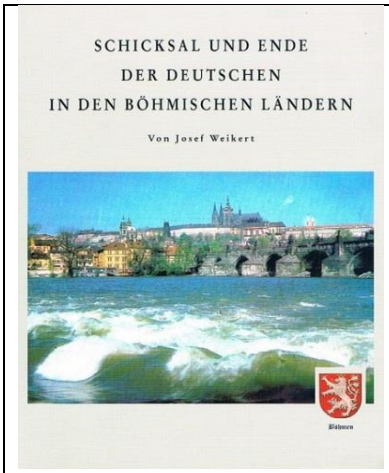
30. 05.1866: Wegen der Teilmobilisierung Italiens, Österreichs und Preußens bewilligten die Bezirksvertretungen von Pilsen und Staab (Stod) vorsorglich je 1.000 Gulden für evtl. Verwundete und Kriegshinterbliebene. Dazu kamen noch mehrere Privatspenden. Die Stadt Pilsen muss das 5. Bataillon des Regiments Graf Khevenhüller unterbringen und tut dies im Hotel „Stadt Hamburg“.
09.06.1866: Für den Kriegsfall bietet der TV Aar seine neue Halle als Lazarett an. Ähnliche Angebote machen mehrere Orte im Raume Pilsen, darunter Taus (Domaslice).
20.06.1866: Der Kaiser verkündet den Kriegszustand („Mitten im Werke des Friedens…“), Das Gymnasium Pilsen schließt, weil darin zwei Khevenhüller-Bataillone untergebracht werden, die soeben aus Holstein eingetroffen waren. Fürst Thurn und Taxis stellt das Prälaturgebäude in Chotieschau (Chotesov) als Spital zur Verfügung. Für das sächsische Militär werden in der Mühle des Herrn Hyra 100.000 Metzen Korn vermahlen (sächsischer Metzen: 6,5 Liter, sonst mehr!). In der Turnhalle des TV Aar findet „morgen“ ein protestantischer Gottesdienst für das sächsische Militär statt
07.07.1866: Am 4.7. „reiste“ das im Gymnasium untergebrachte Carlsbader Militärspital wieder ab. Die sächsischen Truppen verließen Pilsen mittels Böhmischer Westbahn. Ihre Gesamtstärke in Böhmen betrug 23.000. Am 7.7. 1866 wurden die Eisenbahnschienen ausgebaut, um die Besetzung durch den Feind zu verhindern. Die Magazine werden völlig geleert und die „Landeshauptcassa“ fortgeschafft.
11.07.1866: Die Preußen besetzten am 8. Juli Prag. Das Pilsener Scharfschützen-Corps leistet den städtischen Wachdienst, da die k.k. Gendarmerie nach Linz beordert worden war.
18.07.1866: Die Tabakvorräte sind erschöpft. Die Kreise Eger, Pilsen und Pisek blieben bisher „vom Feinde“ ganz frei.
28.07.1866: Am 25.7. besetzten 700 Preußen mit Cavallerie und Artillerie den Ort Beraun. „Danach“ traf in Pilsen eine Division Uhlanen mit zwölfpfündiger Feldartillerie, Munitionswagen und einer Feldapotheke ein. Am Nachmittag um 2 Uhr folgte ein Fusilier-Bataillon. Dem Rayon Pilsen wurde eine Kriegskontribution von 150.000 Gulden auferlegt.
01.08.1866: Etliche Stadträte Pilsens begaben sich in Begleitung preußischer Offiziere in die umliegenden Bezirksstädte zur Eintreibung der Kriegskontribution.
04.08.1866: Die preußische Besatzung verlässt wieder Pilsen.
08.08.1866: „Gestern“ traf ein Teil des Trains des 8. Preußischen Armeecorps in Pilsen ein. Dabei war eine Feldschmiede.
11.08.1866: Zur Steuerung der „Arbeitsnot“ werden Notstandsarbeiten durchgeführt: Kanalisation der Fabrikgasse, Planierung des Walkgrabens und des Viehmarktes, Pflasterung der Dampfmühlgasse. Nach fünfwöchiger Unterbrechung verkehren seit 9.8 wieder einige Züge. Vollbetrieb ist für den 18.8. vorgesehen.
25.08.1866: Seit dem 27.7. fast täglich Durchzug bzw. Einquartierung preußischer Truppen.

Bartholomäuskirche Pilsen

22.09.1866: Das 4. Bataillon des heimischen Regiments Graf Khevenhüller kehrt nach Pilsen zurück.
17.10.1866: Das k.k. Militär bezog wieder die „Caserne“ in Pilsen, die nach Abzug der Preußen vier Wochen lang renoviert werden musste.
22.12.1866: Die Kriegsschäden im „pilsner Bezirk“ beliefen sich auf 91.218 Gulden, wovon auf die Stadt 78.718 entfielen. Das Aerar hat dafür einen Vorschuss von einem Viertel bezahlt.

Die Niederlage Österreichs bei Königgrätz führte zur Trennung der Habsburg-Monarchie vom Reich, wodurch sich leider auch die nationale Lage der Deutschböhmen verschlechterte, denn im Vielvölkerstaat fehlte ihnen der Rückhalt des deutschen Reiches. Für die Entwicklung der Industrie Böhmens stellte Bismarck jedoch unbeabsichtigt wichtige Weichen, denn, wie oben beschrieben, musste Emil von Skoda als „feindlicher Ausländer“ seine Arbeitsstelle an einer Werft in Bremerhaven verlassen und in seine Geburtsstadt zurückkehren. Dort baute er in der Folgezeit seinen Weltkonzern auf.

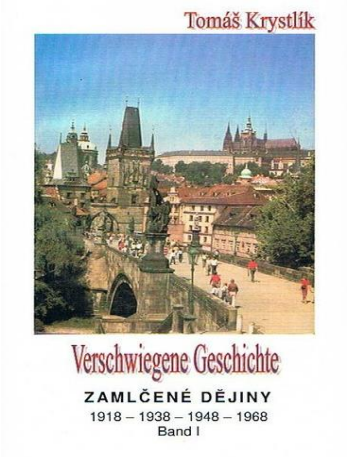
(Recherchiert in Pilsen von F.Volk)



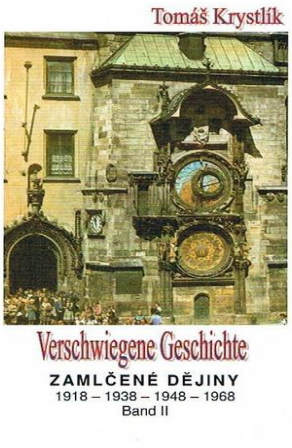
€ 5,-

€ 5,-

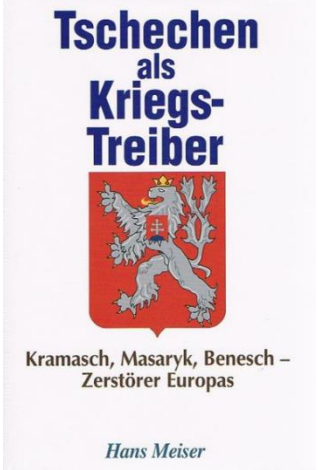
€ 11,-



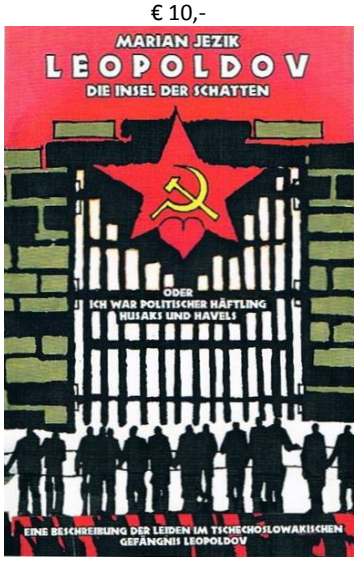
€ 10,-



€ 10,-

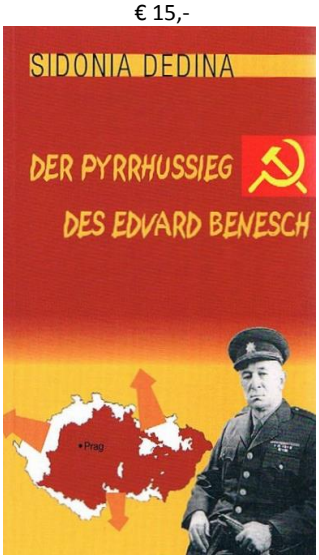


€ 15,-



€ 7,-

€ 10,-



€ 10,-

Bezug obiger Bücher über witikobund-bundesverband@freenet.de
oder über die im Impressum (S.2) angegebenen Anschriften.